

# Barrierefreies Schweinfurt 2025

## Anlage 5: Protokolle der Expertenworkshops



Kommunaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderung  
und Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes der Stadt Schweinfurt

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	2
<b>1 Zusammenstellung der Protokolle der Expertenworkshops .....</b>	<b>3</b>
1.1 Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung .....	4
1.2 Bauen und Wohnen .....	9
1.3 Mobilität .....	15
1.4 Freizeit, Kultur, Sport und gesellschaftliche Teilhabe .....	22
1.5 Beratung, Information, Bewusstseinsbildung und Vernetzung .....	28
1.6 Bildung und Erziehung .....	34
1.7 Arbeit und Beschäftigung .....	42

# 1 Zusammenstellung der Protokolle der Expertenworkshops

In Januar und Februar 2018 fanden 7 Expertenworkshops statt. Zu den halbtägigen Veranstaltungen, in denen jeweils ein thematisches Handlungsfeld des Aktionsplans bearbeitet wurde, waren unterschiedliche örtliche Fachexperten, Vertreter der Verwaltung, der Politik, der Beiräte sowie Selbsthilfegruppen eingeladen, welche das jeweilige Thema für die Seniorenpolitik und Behindertenarbeit bestmöglich abdeckten. Die Teilnehmer wurden von der Stadt Schweinfurt unter Beratung von AfA/SAGS ausgewählt und persönlich zur Teilnahme am Workshop eingeladen.

Das Ziel der Diskussionen bestand darin, die Angebotsstrukturen der unterschiedlichen Themenbereiche zu reflektieren und zu bewerten. Auch wurde diskutiert, wo die Teilnehmer Entwicklungsbedarfe für die kommenden Jahre sehen und welche Ideen hierfür bestehen. Die Moderation der Veranstaltungen lag bei den Instituten AfA/SAGS, die auch, wo dies zielführend war, Erkenntnisse aus den vorangegangenen Erhebungen einbrachten. An den Expertenworkshops nahmen insgesamt 138 Personen teil.

Im Folgenden sind die Protokolle aller Expertenworkshops zusammengestellt.

## Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung

am 24. Januar 2018 im Veranstaltungsraum am Schroturm

### Leitgedanke zum Themenfeld:

---

*Schweinfurt erreichbar für Alle. Vernetzt und barrierefrei.*

### Nahversorgung:

---

#### *Diskussionsergebnisse:*

- Es gibt gute Beispiele für Nahversorger. Genannt wurde REWE, der sehr großzügig geschnitten ist und EDEKA, dessen Mitarbeiter sehr hilfsbereit sind.
- Das Einkaufszentrum (Stadtgalerie) wird zwar mancherorts als Konkurrenz zu den Geschäften in der Innenstadt gesehen, bietet aber andererseits durch seine Ladenstruktur auch Vorteile und hat eine Treffpunktfunktion (z. B. Cafés, preisgünstige Selbstbedienungsangebote).
- Es gibt Stadtteile, die nicht gut versorgt sind:  
In Oberndorf fehlt ein Supermarkt, im Musikerviertel fehlt eine Apotheke
- Viele Supermärkte sind nicht barrierefrei (u. a. Gänge zu eng gestellt). Genannt wurde z. B. der Supermarkt KUPSCH in der Innenstadt, dessen Kassenbereich zu eng ist.
- Der Zugang in einige Geschäfte ist nicht barrierefrei.
- Die Geschäfte in der Innenstadt sollten besser vernetzt werden. Es fehlt ein gemeinsames Konzept, so dass die Kunden auch wissen, welche Produkte wo zu finden sind. Deshalb sollten die Geschäfte ihre Waren auch im Internet anbieten. Über Taxi oder Fahrdienste könnten dann die Waren auch direkt zu den Kunden nach Hause geliefert werden.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Es bestehen Lücken in der Nahversorgung.
- Die barrierefreie Gestaltung von Supermärkten und Geschäften ist vielfach mangelhaft (v. a. Ausstattung und Gestaltung im Inneren).
- Es mangelt an unterstützenden Einkaufsmöglichkeiten bzw. Serviceangeboten in der Nahversorgung (z. B. Lieferdienste, virtuelles Angebot der Einzelhändler).

## **Medizinische Versorgung:**

---

### *Diskussionsergebnisse:*

- Seit Anfang 2018 gibt es durch die Palliatio Main-Saale-Rhön GmbH das Versorgungsangebot einer Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung (SAPV).
- Seit einiger Zeit gibt es ein Umdenken bei den Ärzten hinsichtlich der Verwendung „Einfacher“ bzw. „Leichter Sprache“.
- Die wenigsten Arztpraxen sind barrierefrei zugänglich. Dies hat zur Folge, dass insbesondere für den Besuch eines Facharztes oft weite Strecken zurückgelegt werden müssen.
- Eine mangelnde Barrierefreiheit betrifft insbesondere Praxen in Bestandsbauten. Neu gebaute Versorgungszentren sind hingegen weitestgehend barrierefrei gebaut. Auch die Krankenhäuser in der Stadt Schweinfurt sind barrierefrei zugänglich.
- Die Ärzte sollten über mögliche Fördermittel zum barrierefreien Umbau aufgeklärt werden.

### *Handlungsbedarfe:*

- Es mangelt an barrierefrei zugänglichen Arztpraxen im Stadtgebiet.
- Vielen Ärzten ist nicht bekannt, welche Unterstützungsleistungen es im Zusammenhang mit einem barrierefreien Umbau von Arztpraxen gibt (u. a. Fördermittel).

## **Öffentlicher Raum – „Stadt für Alle“:**

---

### *Diskussionsergebnisse:*

- Es gibt viel Kopfsteinpflaster. Glassplitter, in dessen Rinnen, sind schlecht für Rollstuhlfahrer, da sie die Reifen kaputt machen.
- An manchen Stellen (z. B. beim Friederike-Schäfer-Heim) finden sich Kompromisslösungen, z. B. Mix aus Kopfsteinpflaster und glatten Platten.
- Shared-Space-Bereiche sind nicht günstig für Menschen mit Behinderung, weil z. B. blinde Menschen Kanten bzw. einen Widerstand zur Erkennung benötigen.
- Es fehlen Orientierungshilfen. Der Beirat für Menschen mit Behinderung hat schon öfter darauf hingewiesen, aber die Umsetzung dauert sehr lange.
- Plakate und Aufsteller vor den Geschäften behindern Rollstuhlfahrer wie auch Menschen mit einer Sehbehinderung.
- Bei öffentlichen Veranstaltungen und Festen wird Barrierefreiheit oft nicht mitgedacht, z. B. fehlen barrierefreie Toiletten oder sie finden auf unebenen Plätzen statt (Platz vor dem Rathaus = Kopfsteinpflaster).
- Behindertengerechte Toiletten werden insgesamt als mangelhaft bewertet. Es gibt zwar Planungen (z. B. Nebenbau des Rathauses) für die Innenstadt, aber die Realisierung geht nicht schnell genug.
- Aufzüge in öffentlichen Gebäuden (auch im Parkhaus bzw. dort im Zusammenhang mit Kartenautomaten) sind nicht für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen geeignet, weil visuelle Signale fehlen.

- Auch Menschen mit Behinderung, die einen Grad der Behinderung von weniger als 80 haben und nicht über das Merkzeichen aG oder BI verfügen, sollten einen Behindertenparkausweises bekommen.
- Grundsätzlich wünschen sich der Beirat für Menschen mit Behinderung und der Seniorenbeirat, dass sie besser über Planungen informiert werden und auch eine engere Einbindung erfolgt. Allerdings hat sich in der letzten Zeit auch viel verbessert.

*Handlungsbedarfe:*

- Die Gestaltung des innerstädtischen öffentlichen Raumes ist Großteils nicht auf Barrierefreiheit ausgelegt.
- Die Bedürfnisse von Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen finden im Zusammenhang mit dem barrierefreien Ausbau nur selten Berücksichtigung.
- Das Thema Barrierefreiheit wird bei öffentlichen Veranstaltungen zu wenig berücksichtigt.
- Es mangelt an (behinderten-)gerechten öffentlichen Toiletten im Stadtgebiet.
- Der Beirat für Menschen mit Behinderung und Seniorenbeirat werden bei Planungen im Zusammenhang mit Barrierefreiheit zu wenig miteinbezogen.

**Wohnangebote für Menschen mit Behinderung und Senioren (Nutzungsmischung):**

---

*Diskussionsergebnisse:*

- Man muss unterscheiden zwischen Wohnen im Bestand und Neubauten. Beim Neubau sollte ein gewisser Prozentsatz an R-Wohnungen ("R – Anforderungen" der DIN 18040-2) errichtet werden. Schwieriger ist die Anpassung im Bestand.
- Auflagen zur Umsetzung eines gewissen Prozentsatzes an R-Wohnungen sollen auch für Flächen gelten, die von der Stadt Schweinfurt an Investoren verkauft werden.

*Askren Manor:*

- Seniorenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderung fühlen sich nicht ausreichend eingebunden in die Planungen.
- Die Beiräte setzten sich dafür ein dort Wohnangebote für Senioren zu schaffen.

*Handlungsbedarfe:*

- Es gibt zu wenige rollstuhlgerechte Wohnungen entsprechend den „R – Anforderungen“ der DIN 18040-2 im Stadtgebiet.
- Wohnangebote für Senioren sind in den aktuellen Planungen für die Nachnutzung des Areals Askren Manor bislang (noch) nicht vorgesehen.

## **Treffpunkte schaffen und inklusiv gestalten:**

---

### *Diskussionsergebnisse:*

- Das Repair-Café, die Räumlichkeiten am Schrottturm und das Mehrgenerationenhaus sind gute Beispiele für Treffpunkte in der Stadt Schweinfurt.
- Nachbarschaftstreffe sind für das Miteinander im Quartier und zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Bedeutung.
- Die Menschen brauchen einen sogenannten „Türöffner“ zur Annahme der Treffpunkte – sie kommen i. d. R. nicht von sich aus dorthin.
- Möglichkeiten zur Begegnung sollen in allen Stadtteilen vorhanden sein.
- Treffpunkte in den Quartieren sollten auf jeden Fall für alle Generationen offen sein. Es sollten aber nicht nur geschlossene Gruppen die Angebote nutzen, sondern auch insbesondere für Initiativgruppen zur Verfügung stehen.
- Begegnungsmöglichkeiten bzw. Treffpunkte benötigen eine gewisse Struktur in Form eines Zuständigen (u. a. für Schlüssel, Strom), auch wenn es gewünscht ist, dass die Gruppen sich selbst organisieren.
- In den jeweiligen Stadtteilen gibt es unterschiedliche Potentiale im Zusammenhang mit Treffpunkten (gute Entwicklungen z. B. in Oberndorf, schlechte Voraussetzungen in Deutschhof).
- Ebenso gibt es in Schweinfurt unterschiedliche Erfahrungen mit Treffpunkten. Es läuft dann gut, wenn es vor Ort engagierte Bürger gibt. Es wurde vorgeschlagen, dass im Rahmen der Stadtteilkonferenzen dieses Thema aufgegriffen wird und in einem Quartier, das noch keine Treffpunktinfrastruktur aufweist, versucht wird hier einen Treffpunkt zu initiieren.
- Es sollen dezentral Nachbarschaftstreffe in den Stadtvierteln aufgebaut werden. Es macht Sinn, vorhandene Treffpunktangebote zu nutzen und zu stärken. Allerdings weigern sich die Anbieter manchmal ihre Räumlichkeiten für Personen von außerhalb zu öffnen.
- Es sollte eine Zusammenstellung aller in der Stadt Schweinfurt vorhandenen Räume geben, inklusive deren Konditionen, zu welchen diese genutzt werden können.

### *Handlungsbedarfe:*

- Treffpunkte und Möglichkeiten der Begegnung werden durch Ältere von sich aus ohne vorhandenen Grund (z. B. Bezug zur Gemeinschaft, Identität mit dem Stadtteil) i. d. R. nicht angenommen.
- Bei den Gruppen, die vorhandene Begegnungsmöglichkeiten nutzen, handelt es sich oft um geschlossene Gruppen, was neue, interessierte Bürger hemmt.
- In manchen Stadtteilen ist die Verfügbarkeit von Räumen, die als Treffpunkte genutzt werden könnten, unklar oder schwierig.
- In vielen Stadtteilen gibt es keine Begegnungsmöglichkeiten/Nachbarschaftstreffe.
- Generationenübergreifende Treffpunkte sind im Stadtgebiet kaum vorhanden.

**Teilnehmerliste:**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
<b>Birgit Pförtner</b>	Eltern-SHG Autismus
<b>Andreas Unser</b>	Beratungsstelle Barrierefreies Bauen BAG
<b>Herbert Hennlich</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt, Bayerischer Blinden- und Sehbehindertenbund
<b>Manfred Neder</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt, Lokale Agenda 21
<b>Norbert Sandmann</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt, SHG Körperbehinderter Schweinfurt e.V.
<b>Wolfgang Saal</b>	
<b>Norbert Holzheid</b>	Seniorenbeirat der Stadt Schweinfurt, Evang.-Luth. Dekanat
<b>Corina Büttner</b>	Stadt Schweinfurt, Amtsleiterin Amt für soziale Leistungen
<b>Andreas Gehring</b>	Stadt Schweinfurt, Sachgebietsleiter Zentrum am Schrottrum
<b>Svenja Melchert</b>	Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften
<b>Elisabeth Kattner</b>	Kath. Pfarrei St. Peter und Paul, Eine Stunde Zeit
<b>Gudrun Dimigen</b>	Evang.-Luth. Kirchengemeinde St. Lukas, Eine Stunde Zeit
<b>Sabine Wennig</b>	Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern
<b>Meike Ganschinietz</b>	Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern

## Bauen und Wohnen

am 31. Januar 2018 im Veranstaltungsraum am Schrottturm

### Leitgedanke zum Themenfeld:

---

*Bauen & Wohnen generationengerecht – Schweinfurt rüstet sich für die Zukunft.*

### Barrierefreier Wohnraum:

---

#### *Diskussionsergebnisse:*

- Auf Basis der Zahlen der Schwerbehindertenstatistik besteht in der Stadt Schweinfurt ein Bedarf an 1.500 barrierefreien R-Wohnungen ("R – Anforderungen" der DIN 18040-2), so die Schätzung eines Vertreters des Beirats für Menschen mit Behinderung.
- Die Stadt- und Wohnbau GmbH (SWG) als größte Wohnbaugesellschaft in der Stadt hat einen Bestand von rund 5.000 Wohnungen, davon sind rund 1.000 barrierefrei zugänglich.
- Der Bestand an tatsächlich barrierefreien Wohnungen ist in Schweinfurt gering.
- Die SWG strebt an, bei Sanierungen ihrer Bestandsgebäude einige Aspekte barrierefreien Bauens umzusetzen. Der größte Bedarf wird bei der eigenen Bewohnerschaft der Genossenschaft an einem barrierefreien Zugang zum Haus, zur Wohnung sowie Schwellenfreiheit innerhalb der Wohnung registriert. Diese Umbaumaßnahmen stehen deshalb im Fokus und können bei Sanierungen derzeit auch weitgehend umgesetzt werden. Die Herstellung umfassender Barrierefreiheit wird nicht angestrebt.
- Die Eisenbahner-Baugenossenschaft Schweinfurt eG (EBG) hat derzeit keine barrierefreien bzw. barrierearmen Wohnungen im Bestand. Die Herstellung von Barrierefreiheit ist eine finanzielle Frage und eine zu hohe Hürde für die Genossenschaft. Dennoch finden aktuell Überlegungen zum Thema statt: Im Rahmen eines neuen Sanierungsprojektes sollen einzelne Aspekte umgesetzt werden, ggf. auch mit Fördermitteln.
- Private „Häuslebauer“ bauen nach Einschätzung der Schweinfurter Wohnberatung bereits vermehrt barrierefrei. Gute Information ist die Voraussetzung dafür.
- Ein wichtiges Argument ist dabei der Werterhalt und die Zukunftsfähigkeit der Immobilie.
- Nach wie vor sind die Kenntnisse zum barrierefreien Bauen bei Architekten manchmal mangelhaft. Ein wichtiges Angebot ist die kostenfreie Beratung durch die Architektenkammer, eine gemeinsame Informationsveranstaltung wurde angedacht.
- Insgesamt wird ein beginnender Umschwung im Umgang mit Barrierefreiheit beim Bauen/Sanieren gesehen. Jedoch wird in aller Regel nur eine Beseitigung gewisser Barrieren angestrebt, die auf typische Bedürfnisse älterer Mieter reagiert. Eine tatsächliche Barrierefreiheit, welche die Bedürfnisse vieler Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftiger im Blick hat, wird bislang in aller Regel nicht angestrebt.

*Handlungsbedarfe:*

- Die Bestrebungen zur Schaffung barrierearmen und insbesondere auch barrierefreien Wohnraums (auch "R"-Wohnungen gemäß den Anforderungen" der DIN 18040-2) müssen intensiviert werden.
- Um hier zukünftig Fortschritte zu erzielen, braucht es ein klares Bekenntnis zur Barrierefreiheit und ggf. die Erschließung von Fördermitteln oder anderen Anreizen.
- Förderung des Wissens zum barrierefreien Bauen bei Architekten und Bauherren.

**Erfahrungen zu Wohnwünschen und -bedarfen:**

---

- Die meisten älteren Menschen wünschen sich, in der angestammten Häuslichkeit wohnen zu bleiben. Die Wenigsten sind zu einem Umzug bereit, der oftmals wie ein „Heimaufenthalt“ empfunden wird.
- Schweinfurt ist eine „Arbeiterstadt“; die macht es schwierig im Hinblick auf die Akzeptanz neuer Wohnformen.
- Im Pflegestützpunkt wird am häufigsten Betreutes Wohnen nachgefragt.
- Es mangelt an Information zu seniorenrechtlichen Wohnangeboten und somit an einem Wissen um Alternativen.
- Älter werdende Menschen mit Behinderung sind eine rasch wachsende Bevölkerungsgruppe, für die es bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen gilt. Hier ist auch die öffentliche Hand in der Pflicht.
- Eine Anlaufstelle für Interessenten am gemeinschaftlichen Wohnen bietet der Verein „Freier Altenring“ mit einem monatlichen Treff.

*Handlungsbedarfe:*

- Es gilt, das „Wohnen-Bleiben“ zu stärken. Hier stellt u. a. die Wohnberatung einen wichtigen Zugewinn in der Stadt Schweinfurt dar.
- Gleichzeitig müssen weiter bedarfsgerechte Wohnalternativen geschaffen und das Wissen um Alternativen stärker verbreitet und dazu beraten werden.

**Wohnberatung, Vermittlung barrierefreien Wohnraums:**

---

*Diskussionsergebnisse:*

- Die Wohnberatung, die im Zentrum am Schroturm angesiedelt ist, wird gut angenommen.
- 2 Mitarbeiter haben in den letzten Jahren Weiterqualifizierungen zum zertifizierten Wohnberater durchlaufen.
- Hürden bei der Wohnraumanpassung bestanden in der Vergangenheit manchmal mit Wohnbaugesellschaften, wenn z. B. die Installation eines Plattformliftes im Einzelfall notwendig war. Hier gibt es offenbar Bedenken hinsichtlich der Nachvermietbarkeit.

- Das Seniorenbüro bekommt von der SWG Informationen über freie seniorengerechte Wohnungen. Diese sind jedoch nicht tagesaktuell, deshalb werden Interessenten auch an das Wohnungsmanagement der SWG verwiesen.
- Einmal jährlich findet ein Austauschtreffen zwischen den Wohnbaugesellschaften und dem Seniorenbüro sowie den Beiräten der Interessenvertretung statt.
- Es gibt auch einen „kurzen Draht“ zwischen SWG, Pflegestützpunkt und Wohnberatung, wenn Mieter nicht mehr alleine zurechtkommen.
- Der Verein „Freier Altenring“ bekommt immer wieder Wohnraumanfragen, die er selbst nicht bedienen kann. Es braucht eine Stelle, an die verwiesen werden kann.
- Die Stadt selbst darf aus rechtlichen Gründen keine „Vermittlung“ von Wohnraum anbieten, deshalb sind hier Grenzen gesetzt.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Das Zentrum am Schroturm ist als zentrale Anlaufstelle rund um das Wohnen und Leben im Alter und bei Pflegebedarf gut etabliert. Die Funktion als Informationsplattform bezüglich barrierefreien Wohnraums gilt es weiter zu etablieren und bekannt zu machen (z. B. um weitere Vermieter von barrierefreiem Wohnraum erweitern).
- Das jährliche Austauschtreffen zur Entwicklung des Wohnbestandes (s.o.) gilt es aufrecht zu erhalten und zielführend zu ergänzen (insbesondere weitere relevante Akteure).

#### **Wohnangebote für Senioren und Menschen mit Behinderung:**

---

#### *Diskussionsergebnisse:*

- Das Wohnprojekt des Vereins „Freier Altenring e.V.“ in Bergl wurde gut angenommen und läuft gut.
- Der Verein plant die Umsetzung einer Wohn- und Pflegegemeinschaft mit 6 Wohneinheiten (200qm), die sich an (ältere) Menschen mit Betreuungsbedarf richtet. Gemeinschaftlich wird eine Präsenzkraft finanziert, Pflegeleistungen werden bei Bedarf von außen in Anspruch genommen. Das Projekt wird vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gefördert.
- Derzeit wird das Angebot an Wohnheimplätzen für Menschen mit geistiger Behinderung in der Stadt als ausreichend eingeschätzt. Das Pflegewohnqualitätsgesetz setzt jedoch neue Anforderungen hinsichtlich der baulichen Voraussetzungen. Dies wird die Träger in den kommenden Jahren vor Herausforderung stellen und die Angebotssituation damit möglicherweise in Frage stellen werden.
- Es entsteht ein neues Wohnheim der Lebenshilfe für Menschen mit Schwer- und Mehrfachbehinderungen (Innenstadt Nord).
- Die Lebenshilfe möchte auch angesichts einer wachsenden Gruppe älter werdender Menschen mit Behinderung an altersgemischten Wohn- und Betreuungskonzepten festhalten.

- Insgesamt gilt es aus Sicht der Lebenshilfe, mehr „Zwischenlösungen“ zu finden bei Wohn- und Betreuungskonzepten, die sich individueller an den Kompetenzen und dem Grad der Selbstständigkeit der Menschen orientieren. Denkbar ist z. B. ein Ausbau kleiner ambulant betreuter Wohnangebote (ca. 10 Wohneinheiten) als Wohngemeinschaften mit kleinem Büro vor Ort.
- Die SWG plant schwerpunktmäßig für „die Breite der Bevölkerung“, ist jedoch prinzipiell offen für z. B. eine Wohngruppe für Menschen mit Behinderung.
- Der Seniorenbeirat hat einen Antrag auf Schaffung eines gemeinschaftsorientierten Wohnprojekts in Askren Manor gestellt. Sie hoffen auf den Zuschlag für ein Grundstück.
- Die hohen Grundstückspreise erschweren die Realisierung gemeinschaftlicher Wohnprojekte, wenn diese sich an einkommensschwächere Personen richten.
- Die Konversionsflächen des Askren Manor wurden im Expertenkreis als geeignet erachtet, Wohnformen für ältere und Menschen mit besonderen Bedarfen zu realisieren (u. a. barrierefreie Wohnangebote mit und ohne Betreuung, gemeinschaftsorientierte Wohnangebote, Wohngruppen für Menschen mit geistiger Behinderung etc.).
- Es wird gleichzeitig gewarnt, dass Askren Manor nicht alle Probleme lösen kann. Barrierefreie oder -arme Wohnformen sind vor allem im Neubau denkbar. Es gibt noch unbeplante Flächen vor allem im nördlichen Teil des Gebietes, die genutzt werden könnten.
- Die Hospitalstiftung (in Trägerschaft der Stadt) kann ggf. Möglichkeiten für Wohnprojekte eröffnen, die Ressourcen sind jedoch endlich. Deshalb sind auch Privatinitiativen, weitere Stiftungen etc. gefragt.
- Es wäre hilfreich, eine Informationsveranstaltung zu alternativen Wohnformen zu machen.
- Es fehlt derzeit Transparenz, welche Ziele die Stadt hinsichtlich von Wohnangeboten für Senioren und Menschen mit Behinderung in den kommenden Jahren verfolgen möchte.
- Es bedarf für eine Realisierung senioren- und behindertengerechter Wohnangebote einer koordinierenden Stelle bei der Stadt, bei der alle Fäden zusammenlaufen und die Weichen stellen kann (z. B. Auswahl von Bauträgern).

#### *Handlungsbedarfe:*

- Es gilt von Seiten der Stadt transparente Ziele für das zukünftige Wohnen für Senioren und Menschen mit besonderen Bedarfen zu formulieren.
- An zentraler Stelle bei der Stadt sollen die diesbezüglichen Aktivitäten gesteuert und unter Beteiligung aller relevanten Akteure koordiniert werden.
- Es gilt alternative Wohnformen für ältere und Menschen mit Behinderung als Wohnalternativen weiter bekannt zu machen.
- Mit dem Ziel der Inklusion gilt es, eine stärkere Verschränkung von Wohnangeboten für ältere und Menschen mit Behinderung anzustreben. Dies setzt eine stärkere Vernetzung und Kommunikation der Akteure über gemeinsame Interessen voraus.

## Hilfe für das Wohnen zu Hause:

---

### *Diskussionsergebnisse:*

- Das nachbarschaftliche Projekt „Eine Stunde Zeit“ ist gut etabliert und bietet ehrenamtliche Hilfen im Alltag.
- Der Bedarf an hauswirtschaftlichen Hilfen kann von Seiten der ambulanten Pflegedienste offenbar nicht immer gedeckt werden, vor allem, wenn plötzlicher Bedarf entsteht.
- Der Dienstleister „Dienste mit Herz“ kann auch kurzfristige Bedarfe abdecken und hat noch Kapazitäten.
- Viele Hilfsbedürftige nehmen Dienstleistungen, die nicht von den Kassen abgedeckt sind, nur zögerlich in Anspruch.
- „Wohnen für Hilfe“: Dieses Angebot, bei dem ein (älterer) Menschen kostengünstig Wohnraum zur Verfügung stellt und im Gegenzug stundenweise Hilfe im Alltag erhält, gibt es in Schweinfurt bislang nicht. Die Frage, ob Bedarf besteht, wird unterschiedlich beurteilt. Die Hochschule wäre jedoch ein interessanter Ansprechpartner.
- Ins Gespräch gebracht wird auch ein ähnliches Modell einer Wohn- bzw. Hausgemeinschaft, bei dem mehrere hilfsbedürftige Menschen mit z. B. Studenten zusammenleben. Die Studenten erbringen „als Pool“ Alltagshilfen für die älteren Bewohner.
- Das persönliche Budget wird von Menschen mit Behinderung in der Stadt Schweinfurt bislang offenbar nur in Einzelfällen in Anspruch genommen, der örtliche Kostenträger verzeichnet quasi keine Anfragen.
- Mittagstisch: Der Bedarf wurde im Rahmen der Stadtteilkonferenzen ausgelotet, die Nachfrage war verhalten. Es wird derzeit kein weiterer Bedarf gesehen. Die Vesperkirche jedoch wird gut angenommen.

### *Handlungsbedarfe:*

- Die Umsetzung des Modells „Wohnen für Hilfe“ soll für die Stadt Schweinfurt geprüft werden.
- Im Expertenkreis wurden in keinem Bereich der ambulanten Hilfen für das Wohnen zu Hause erhebliche Defizite beschrieben. Ausnahme sind die hauswirtschaftlichen Hilfen von Seiten der Pflegedienste, hier spielen jedoch die Finanzierung durch die Pflegekassen und der Pflegekräftemangel eine Rolle und die Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene scheinen begrenzt.
- Es gilt, die Ergebnisse der Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen der Erarbeitung des Aktionsplans abzuwarten.

**Teilnehmerliste:**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
<b>Michael Bertran</b>	Lebenshilfe Schweinfurt
<b>Corina Büttner</b>	Stadt Schweinfurt, Amtsleiterin Amt für soziale Leistungen
<b>Andreas Gehring</b>	Stadt Schweinfurt, Sachgebietsleiter Zentrum am Schrottrum
<b>Uwe Klein</b>	Diakonisches Werk Schweinfurt e.V.
<b>Petra Licha-Hofmann</b>	Pflegestützpunkt Schweinfurt
<b>Jürgen Montag</b>	Stadt Schweinfurt, Berufsmäßiger Stadtrat, Referat V
<b>Manfred Neder</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt, Lokale Agenda 21
<b>Michael Radler</b>	Stadt- und Wohnbau GmbH Schweinfurt
<b>Norbert Sandmann</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung Stadt Schweinfurt, Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.
<b>Markus Sauer</b>	Leiter des Stadtplanungsamtes der Stadt Schweinfurt
<b>Ulrike Stahl</b>	Freier Altenring Schweinfurt e.V.
<b>Karlheinz Surauf</b>	Seniorenbeirat der Stadt Schweinfurt
<b>Andreas Unser</b>	Beratungsstelle Barrierefreies Bauen BAG
<b>Albrecht G. Walther</b>	Architekt
<b>Rainer Wirth</b>	Eisenbahner-Baugenossenschaft Schweinfurt eG
<b>Sabine Wennig</b>	Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern
<b>Annegret Schefold</b>	Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern

## Mobilität

am 27. Februar 2018 im Veranstaltungsraum am Schrottturm

### Leitgedanke zum Themenfeld:

---

*Mobilität – gemeinsam und respektvoll*

### Rad- und Fußverkehr:

---

#### *Diskussionsergebnisse:*

- Bei Planungen des Tiefbauamtes sowie bei Straßenplanungen werden die Interessensvertretungen (Seniorenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderung) miteinbezogen.
- Das Kopfsteinpflaster in der Stadt Schweinfurt bereitet mobilitätseingeschränkten Personen häufig Probleme.
- Es gibt Hinweise auf Schlaglöcher sowie Wurzelschäden auf gewissen Gehwegen, die gefährlich für Rollstuhlfahrer sind.
- Die Gehwege sind häufig nicht abgesenkt. Allerdings benötigen blinde Menschen auch gewisse Orientierungspunkte, weshalb sogenannte kombinierte Lösungen sinnvoll sind. In der Stadt Schweinfurt gibt es bislang nur Kompromisslösungen.
- Die Gehwege vor Geschäften sind teilweise durch Aufstell-/Werbetafeln blockiert, was die Fahrt von E-Rollis und Scootern erschwert. Wünschenswert wären breitere Gehwege.
- Zum Teil werden die Gehwege durch parkende Autos zugestellt.
- Bei Planungen sollte die Funktionalität von Barrieren reduzierenden Maßnahmen besser mitgedacht werden, z. B. ist der Schalter zum Öffnen der elektronischen Eingangstüre der Stadtgalerie so ungünstig angebracht, dass Menschen in Rollstühlen oder Scootern mehrmals rangieren müssen, bis sie durch die Türe kommen. Außerdem blockiert ein falsch aufgestellter Aschenbecher den Schalter zum Öffnen der Türe.
- An manchen Ampeln sind die Grünphasen zu kurz bzw. fehlen Querungsmöglichkeiten wie z. B. Mittelinseln.
- Zwar gibt es in der Stadt bereits einige behindertengerechte WC-Anlagen (z. B. Roßmarkt), allerdings reichen diese nicht aus. Es wurde angeregt, dass beispielsweise Einrichtungen ihre barrierefreien Toiletten während ihrer Öffnungszeiten für alle öffnen.
- Nicht allen Betroffenen ist bekannt, ob sie berechtigt sind einen Euroschlüssel zur Nutzung von Behindertentoiletten zu erhalten.
- Bei Veranstaltungen der Stadt (z. B. Weihnachtsmarkt) wird Barrierefreiheit nur bedingt mitgedacht (z. B. fehlende Rampen an Glühweinständen, Stromkabel als Hindernis).
- Um Unfälle von Menschen mit Hörbeeinträchtigungen mit LKWs an Kreuzungen zu vermeiden, sind gewisse Abstände zwischen den Gehwegen und der Fahrbahn erforderlich (vgl. Holländisches Modell).

- Für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen fehlen im Falle von Einsatzfahrten der Polizei, Feuerwehr oder Rettungswägen zusätzliche visuelle Warnsignale. Da die Zuständigkeit hierfür allerdings beim Innenministerium liegt, soll das Anliegen entsprechend weitergegeben werden.
- Das Personal von Polizei, Feuerwehr und Rettungszentralen wird entsprechend geschult bei Einsatzfahrten ein rücksichtsvolles Miteinander im Straßenverkehr zu zeigen.
- Viele u. a. auch ältere Menschen haben Angst im Stadtgebiet Fahrrad zu fahren. Dies liegt u. a. an der Dominanz des motorisierten Individualverkehrs – vor Fußgängern, dem Radverkehr etc. – und nicht wirkungsvollen Maßnahmen/Sanktionen bei Verstößen.
- In der Stadt Schweinfurt fehlen sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.
- Das Fahrverbot für Radfahrer in der Schweinfurter Fußgängerzone ist problematisch für mobilitätseingeschränkte Personen (u. a. ältere Menschen). Allerdings wurde auf die hierzu bestehende Sonder- bzw. Ausnahmeregelung hingewiesen, die beim Ordnungsamt der Stadt Schweinfurt beantragt werden kann.
- Die Fußgängerzone sollte u. a. für den Radverkehr wieder geöffnet werden. Allerdings muss unter allen Verkehrsteilnehmern ein rücksichtsvolles Miteinander vorhanden sein.
- Immer mehr ältere Menschen in der Stadt Schweinfurt nutzen E-Bikes. Allerdings muss der Umgang mit diesen geübt bzw. gelernt werden.
- Die Markierungen von Radwegen sind teilweise nicht mehr gut zu erkennen.
- Es sollte keine gemischten Fuß- und Radwege in der Stadt Schweinfurt geben.
- An manchen Stellen (z. B. Kino/Marienbach) fehlt eine Trennung zwischen den Fuß- und Radwegen, was zu Konflikten der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer führt.
- Teilweise gibt es sehr rücksichtslose Radfahrer. Vor allem an der Bahnunterführung/Mainlande sollten die Radfahrer absteigen.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Die Gestaltung des innerstädtischen öffentlichen Raumes ist größtenteils nicht auf Barrierefreiheit ausgelegt; außerdem befinden sich die Gehwege zum Teil in schlechtem Zustand.
- Die Bedürfnisse von Menschen mit Hörbeeinträchtigungen finden bei Planungen der innerstädtischen, barrierefreien Straßenraumgestaltung zu wenig Berücksichtigung.
- Es fehlen sogenannte kombinierte Lösungen der Straßenraumgestaltung, um den unterschiedlichen Bedürfnissen von Menschen mit Beeinträchtigungen gerecht werden zu können.
- Hindernisse (wie Werbeaufsteller, parkende Autos) blockieren häufig die Gehwege.
- Einsatzfahrten (Polizei, Feuerwehr, Rettungswagen etc.) sind für Menschen mit Hörbeeinträchtigung besonders gefährlich, da sie nur optisch gewarnt werden können.
- Das Thema Barrierefreiheit wird bei öffentlichen Veranstaltungen zu wenig berücksichtigt.
- Es mangelt an behindertengerechten öffentlichen Toiletten im Stadtgebiet.
- Die Grünphasen einiger Ampelanlagen sind zu kurz.
- In der Stadt Schweinfurt bestehen gerade für ältere Radfahrer keine guten Rahmenbedingungen.
- Zum Teil sind die älteren Nutzer von E-Bikes nicht gut im Umgang mit diesen geschult bzw. hierzu informiert.

- Eine Trennung zwischen dem Fuß- und Radverkehr ist nicht überall in der Stadt Schweinfurt vorhanden.
- Es mangelt nicht selten an gegenseitiger Rücksichtnahme zwischen den unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern (Fuß-, Rad- und motorisierter Verkehr).

## **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV):**

---

### *Diskussionsergebnisse:*

- Die Stadtbusse genießen in der Stadt Schweinfurt eine große Akzeptanz der Bevölkerung. Insgesamt wird der Öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Schweinfurt als gut bezeichnet (gilt u. a. auch im Zusammenhang mit der Beförderung von gehörlosen Menschen).
- Seit dem Jahr 2013 gibt es das Sozialticket (verbilligte Stadtbus-Monatskarte für Sozialausweis-Inhaber für die Tarifzone 1).
- Der Stadtbus hält nicht am Bahnhof Schweinfurt Mitte, nur der Regionalbusverkehr hat dort eine feste Haltestelle. Neben dem zentralen Busbahnhof Roßmarkt könnte dort ein zweiter Knotenpunkt entstehen. Der Stadt- und Regionalbusverkehr sollte enger miteinander verzahnt werden.
- Die Taktung des ÖPNV (Regionalbusverkehr) an der Haltestelle Schweinfurt Mitte ist schlecht bzw. nicht bedarfsgerecht (u. a. ist dort eine Schule in der Nähe).
- Nur 2 Stadtteile werden im 10-Minuten-Takt von den Stadtbussen angefahren und sind daher gut angebunden, andere Stadtteile sind weniger gut angebunden.
- Während die Busfahrer der Stadtwerke Schweinfurt regelmäßige Bustrainings absolvieren müssen (jährliche Schulung in Zusammenarbeit mit Trägern der Behindertenhilfe, des Beirats für Menschen mit Behinderung u. a. Sensibilisierung für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen etc.), gilt dies für die Fahrer der privaten Verkehrsunternehmen nicht.
- In den Bussen der privaten Verkehrsunternehmen sind die Halteknöpfe in den Fahrzeugen ungünstig angebracht (nur vorne im Bus), sodass diese teilweise nur schwer erreicht werden können.
- In ein paar Jahren ist ein gemeinsamer Nahverkehrsplan der Stadt (Stadtbusverkehr der Stadtwerke Schweinfurt) und des Landkreises Schweinfurt (Regionalverkehr der Verkehrsgemeinschaft Schweinfurt (VSW)) geplant.
- Der Bahnhof Schweinfurt Mitte ist bereits barrierefrei; der Schweinfurter Hauptbahnhof wird bis Oktober/November 2018 barrierefrei umgebaut (u. a. Aufzüge, ebenerdiger Zugang von den Bahnsteigen in die Züge); für den Bahnhof Schweinfurt Stadt bestehen von Seiten der Deutschen Bahn bislang keine Planungen zum barrierefreien Umbau.
- Die Deutsche Bahn stellt eine Karte mit Informationen zu den Zugangsmöglichkeiten für Rollstuhlfahrer auf den gesamten bayerischen Bahnstrecken bereit (vgl. <https://bahnland-bayern.de/de/rollstuhlfahrer>).

- An den Schweinfurter Bahnhöfen gibt es zwar visuelle Fahrgastinformationen (Anzeigen), allerdings fehlen auch Mitteilungen über Zugteilungen innerhalb der Fahrzeuge für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen (entsprechende Mitteilungen erfolgen bislang nur akustisch über Lautsprecherdurchsagen). Eine entsprechende Hilfestellung kann die App „DB Barrierefrei“ geben, die wichtige Informationen zur Zugreise als Text- oder Sprachnachricht direkt auf dem Handy bereitstellt.
- Das Angebot des Mobilitätsservices der Deutschen Bahn findet sich auf deren Homepage nur schwer. Eine entsprechende Verlinkung wäre bereits auf der Startseite wünschenswert. Außerdem ist die Voranmeldungszeit hierfür (24 Stunden zuvor) zu lange.
- Es gibt keine Bushaltestellen in der Stadt Schweinfurt mit dynamischer Fahrgastinformation (DFI). Für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen stehen allgemein keine angemessenen Informationssysteme im Bereich ÖPNV zur Verfügung. (Busbahnhof Roßmarkt: Es gibt keine visuellen Anzeigen).
- Wenn gehörlose Menschen Fragen zu Fahrplänen haben, stellt sich ihnen in der Regel das Problem, dass eine Klärung nur telefonisch möglich ist. Zusätzlich sollte es beispielsweise aber auch eine entsprechende E-Mail-Adresse geben, über die man schriftlich kommunizieren kann.
- Die Ausstattung der Wartehäuschen ist an einigen Haltestellen verbesserungsbedürftig.
- E-Scooter werden nicht in den Bussen mitgenommen.
- Wünschenswert wäre die Umsetzung des „Schweitzer Modells“, im Rahmen dessen es ein Ticket für Bus, Bahn, Taxi etc. gibt.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Der Stadt- und Regionalbusverkehr ist schlecht aufeinander abgestimmt.
- Die Taktung des Stadtbusverkehrs ist nicht in allen Stadtteilen gut.
- Die Busfahrer der privaten Verkehrsunternehmen absolvieren bislang keine (regelmäßigen) Bustrainings zur Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen und ältere Menschen.
- Die Fahrzeuge der privaten Verkehrsunternehmen sind zum Teil nicht barrierefrei.
- Informationen und Hilfsmittel für Reisende mit Beeinträchtigungen durch die Deutsche Bahn sind nicht ausreichend bekannt.
- Die Bedürfnisse von Menschen mit Hörbeeinträchtigungen finden im Zusammenhang mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu wenig Berücksichtigung (2-Sinne-Prinzip).
- An einigen Bushaltestellen im Stadtgebiet fehlen Wartehäuschen bzw. Unterstellmöglichkeiten.

## **Verkehrssicherheit:**

---

### *Diskussionsergebnisse:*

- Einmal jährlich treffen sich die Interessensvertreter (Seniorenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderung) mit Vertretern des Ordnungsamts, der Polizei, der Verkehrswacht etc. zum Thema Verkehrssicherheit.
- Die Polizei Schweinfurt bietet einen Rollator-Führerschein an, im Rahmen dessen den Betroffenen gezeigt wird, wie man bremst etc. Die Nachfrage hierfür ist groß.
- Bei den Seniorenwochen 2018 wird auf dem Gelände vor dem Schrottturm ebenfalls ein Training für Rollatoren angeboten. Dabei geht es u. a. auch um eine technische Einführung.
- Wünschenswert wäre ein entsprechendes Training auch für Rollstühle.
- Daten der polizeilichen Unfallstatistik: Wenn Personen über 80 Jahren in der Stadt Schweinfurt an einem Unfall beteiligt sind, dann am häufigsten als PKW-Fahrer. Weitaus weniger häufig, aber in ähnlich hoher Ausprägung passieren Unfälle von über 80-jährigen Radfahrern und Fußgängern.
- Die Hilfsbereitschaft und gegenseitige Rücksichtnahme der Menschen nehmen ab. Sinnvoll und wichtig ist eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bzw. Sensibilisierung in Schulen, Kitas etc.
- Der Mängelmelder der Stadt Schweinfurt ist zu unbekannt. Außerdem lässt er sich teilweise nur schlecht über das Handy nutzen.

### *Handlungsbedarfe:*

- Ein Rollstuhltraining für mobilitätseingeschränkte Personen gibt es nicht.
- Am häufigsten sind ältere Menschen (über 80 Jahre) als PKW-Fahrer in Unfälle verwickelt.
- Die Hilfsbereitschaft und gegenseitige Rücksichtnahme der Schweinfurter nehmen ab.
- Der Mängelmelder des Bürgerservices der Stadt Schweinfurt ist nicht ausreichend bekannt und weißt gewisse technische Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Handynutzung auf.

## **Motorisierter Individualverkehr:**

---

### *Diskussionsergebnisse:*

- Das Angebot an professionellen Fahrdiensten hat abgenommen (z. B. Behindertenfahrdienst des ASB gibt es nicht mehr).
- Die Nutzung von Fahrdiensten erfordert eine gewisse zeitliche Voranmeldung (z. B. Fahrdienst des BRK: ein paar Tage).
- Das Taxiunternehmen Taxi Gerstner verfügt über ein rollstuhlgerechtes Taxi mit 3 Rollstuhlplätzen.
- Wünschenswert wären Taxis, die schnell in behindertengerechte Fahrzeuge umgebaut werden können (in wenigen Minuten) (vgl. Modell Coburg). Über ein solches Fahrzeug sollte jedes Taxisunternehmen verfügen.

- Zur Bestellung von Taxis oder Fahrdiensten sollte es auch entsprechende Möglichkeiten für gehörlose Menschen geben. In der Regel sind nur Telefonnummern angegeben.
- Behindertenparkplätze werden häufig von nichtberechtigten Personen belegt (Falschparker).
- Bei Problemen mit Schrankenanlagen in Parkhäusern gibt es in der Regel nur die Möglichkeit einer akustischen Hilfestellung, die nicht für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen geeignet sind.
- Es gibt keine bedarfsgerechten Verkehrsangebote (z. B. Sammel-Taxi, Ruf- oder Bürgerbus), da diese Modelle für die Stadt nicht geeignet sind. Daneben spielen Hürden, wie eine spezielle Personenbeförderungsberechtigung der Fahrer, Anpassung an die Regelung des Linienbusverkehrs (vorgegebene Haltestellen) etc. eine wichtige Rolle.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Es fehlen professionelle (Behinderten-)Fahrdienste in der Stadt Schweinfurt.
- Die Rahmenbedingungen für die Nutzung von Behindertenfahrdiensten sind nicht gut, was insbesondere auch für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen gilt.
- Häufig werden Behindertenparkplätze von nichtberechtigten Personen belegt.
- Die Bedürfnisse von Menschen mit Hörbehinderungen finden im Zusammenhang mit dem barrierefreien Ausbau von Parkgaragen nur selten Berücksichtigung.

#### **Nahversorgung:**

---

##### *Diskussionsergebnisse:*

- Im Bürgerservice ist zwar der Empfangsschalter zu hoch, um ihn von Rollstuhlfahrern erreichen zu können, es wird allerdings ein extra Tisch für diese Zielgruppe bereitgestellt.
- Der Tresen in der Post (Zehntstraße) ist für Rollstuhlfahrer zu hoch.

##### *Handlungsbedarfe:*

- Die barrierefreie Gestaltung von Versorgungseinrichtungen ist teilweise mangelhaft.

#### **Politische Teilhabe:**

---

##### *Diskussionsergebnisse:*

- Eine barrierefreie Erreichbarkeit bzw. Zugänglichkeit ist nicht bei allen Wahllokalen möglich.

##### *Handlungsbedarfe:*

- Nicht alle Wahllokale sind barrierefrei gestaltet.

**Allgemeines:**

- Es sollte im Bericht auf zukünftige technische Trends (z. B. selbstfahrende Autos) hingewiesen werden. Allerdings kann nicht ausführlich darauf eingegangen werden, auch werden hierzu keine Handlungsempfehlungen formuliert.
- Die Polizei bietet der Stadt Schweinfurt an, bei Bedarf gerne an Sitzungen oder Veranstaltungen teilzunehmen und/oder Fragen der Bürger zu beantworten.

**Teilnehmerliste:**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
<b>Reinhold Stiller</b>	Offene Behindertenarbeit
<b>Andreas Unser</b>	Beratungsstelle Barrierefreies Bauen BAG
<b>Herbert Hennlich</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt, Bayerischer Blinden- und Sehbehindertenbund
<b>Gerald Preusche</b>	Bayerischer Blinden- und Sehbehindertenbund
<b>Martin Dettmar</b>	Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC) Landesverband Bayern e. V.
<b>Norbert Sandmann</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt, SHG Körperbehinderter Schweinfurt e. V.
<b>Wolfgang Saal</b>	-
<b>Ingeborg Fuchs</b>	Hauptbahnhof Schweinfurt, Bahnhoftsmission
<b>Elmar Hirsch</b>	Deutsche Bahn AG, Bahnhoftsmanager
<b>Norbert Pfeuffer</b>	Gehörlosenverein Schweinfurt
<b>Jochen Gräf</b>	Gehörlosenverein Schweinfurt
<b>Martin Wilhelm</b>	Polizeiinspektion Schweinfurt
<b>Stefan Brand</b>	Stadt Schweinfurt, Verkehrswesen
<b>Sylvia Amrhein</b>	Stadt Schweinfurt, Verkehrswesen
<b>Fritz Hebert</b>	Stadt Schweinfurt, Verkehrsplanung und Vermessung
<b>Corina Büttner</b>	Stadt Schweinfurt, Amtsleiterin Amt für soziale Leistungen
<b>Andreas Gehring</b>	Stadt Schweinfurt, Sachgebietsleiter Zentrum am Schroturm
<b>Dr. Dieter Jaufmann</b>	Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern
<b>Meike Ganschinetz</b>	Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern
<b>Sophie Seifert</b>	Gebärdensprachdolmetscherin
<b>Coretta Beer</b>	Gebärdensprachdolmetscherin

## Freizeit, Kultur, Sport und gesellschaftliche Teilhabe

am 21. Februar 2018 im Kolping-Bildungszentrum Schweinfurt

### Leitgedanke zum Themenfeld:

---

*Einander wahrnehmen, einander sehen – gemeinsam teilhaben*

### Freizeit und Kultur:

---

#### *Ergebnisse des Worldcafés und der Diskussion:*

- Die Volkshochschule arbeitet bereits seit 40 Jahren mit der Offenen Behindertenarbeit zusammen. Neu ist seit 2012, dass es eine Beratung zu den Kursen gibt und dass ein Gehörlosendolmetscher in Kursen anwesend ist, die von 4 oder mehr Menschen mit Hörbehinderungen besucht werden. Zudem sind das Gebäude und die Toilette barrierefrei zugänglich.
- Die Stadtbücherei ist weitgehend Rollstuhl-geeignet, verfügt über Hörbücher und E-Books (in Leichter Sprache) und kooperiert mit dem Demenz-Netzwerk Main-Rhön. Die Angebote scheinen bei den Zielgruppen allerdings teils wenig bekannt zu sein oder es bestehen Hemmschwellen, die Einrichtung zu nutzen.
- Trotz eines Neubaus des Dekanatszentrums Schweinfurt ist dieses nicht komplett barrierefrei. Insbesondere wurde bei der baulichen Umsetzung nicht auf alle Details geachtet, so dass der Haupteingang von Rollstuhlfahrern nicht genutzt werden kann.
- Mit Ausnahme des Silvana-Bades ist keine der Sportstätten umfänglich barrierefrei.
- Nicht ausreichend vorhandene Behindertentoiletten (bzw. deren Schließzeiten und/oder lange Wege) sowie schwierige Bodenbeläge (z. B. Hackschnitzel und Pflastersteine) schränken die Teilhabe an wichtigen gesellschaftlichen Veranstaltungen in der Innenstadt ein (Beispiel Weihnachtsmarkt). Es wird berichtet, dass Busgruppen, die Schweinfurt besuchen, noch auf der Autobahn behindertengerechte Toiletten ansteuern, da die Behindertentoiletten in Schweinfurt nicht für Gruppen geeignet sind.
- Die Homepage der Lebenshilfe bietet Informationen über Freizeitangebote in Leichter Sprache.
- Von Seiten der Stadt wurde ein (gedruckter) Stadtplan erstellt, der Informationen wie die Standorte von Behindertenparkplätzen, Behindertentoiletten, Barrierefreiheit von Behörden etc. umfasst. Die Informationen finden sich teilweise auch in dem digitalen Stadtplan der Stadt Schweinfurt. Zusammengetragen wurden die lokalen Informationen zur Barrierefreiheit durch den Behinderten- und Seniorenbeirat im Rahmen eines ehemaligen Onlineangebots „Hürdenlos“, das jedoch in der ursprünglichen Form nicht weitergeführt wurde.
- Es ist eine grundsätzliche Offenheit für inklusive Teilhabe zu spüren, aber es gibt noch viele Berührungspunkte auf „beiden Seiten“, so die Einschätzung. Es fehlt das Wissen, um auf die „Gegenseite“ zuzugehen bzw. um nachhaltige Begegnungsmöglichkeiten zu fördern.

### *Handlungsbedarfe:*

- Die Barrierefreiheit von Freizeitstätten und Veranstaltungsräumlichkeiten muss verbessert werden.
- Das Bewusstsein für Barrierefreiheit muss in der Gesellschaft und auch in der Verwaltung geschult werden. Dabei sind Begehungen, Selbsterfahrungen oder ein Aktionstag am Marktplatz nützliche Mittel, um Achtsamkeit und Wissen zu vermitteln sowie Schwellenängste abzubauen.
- Verbesserung der Versorgungssituation mit behindertengerechten öffentlichen Toiletten, die bedarfsgerecht geöffnet sind.
- Um Berührungsängste abzubauen, sollen Begegnungsmöglichkeiten für Menschen mit und ohne Behinderung geschaffen werden.
- Notwendig ist die Sammlung, Bereitstellung (auch an Nicht-Fachleute) und barrierefreie Veröffentlichung von Informationen über bestehende Angebote. Dabei ist eine Zusammenarbeit der Beiräte erstrebenswert, um beide Zielgruppen (Senioren, Menschen mit Behinderung) zu verbinden. (Vgl. hierzu auch das Protokoll des Expertenworkshops „Beratung, Information, Bewusstseinsbildung und Vernetzung“).

### **Sport:**

---

#### *Ergebnisse des Worldcafés und der Diskussion:*

- Seit 2012 wurde im Verein Turngemeinde Schweinfurt 1848 (TG) vor allem der Bereich des Reha-Sports (mit den Angeboten Lungensport, Diabetessport, orthopädische Gymnastik, Krebsport, Demenzsport, Herzsport) erweitert. Daneben gibt es weiterhin die Angebote des Senioren- und Gesundheitssports. Diese Angebote finden sich auch im Seniorenwegweiser. Es existiert keine Auflistung der Sportangebote für Menschen mit Behinderung.
- Es werden Übungsleiter für alle Bereiche gesucht, diese bilden eine wichtige Schnittstelle für die Öffnung des Sports für Menschen mit Behinderung und den Aufbau einer Willkommenskultur (gerade für Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund).
- In der Stadt Schweinfurt gibt es einige integrative Sportangebote (z. B. Basketball, Kegeln, Fußball TG) für Menschen mit Behinderung, allerdings wenige inkludierende Angebote (Positivbeispiele sind etwa Radfahren RV 89, Schießen/Bogenschießen BSG).
- Es gibt derzeit keine speziellen Angebote im Sport für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, insbesondere wegen des Mangels an geeigneten Übungsleitern. Ebenso gibt es keinen Sehbehindertensport (erst in Würzburg gibt es Angebote).
- Ein kleiner Teil des Problems des geringen Angebots basiert auf Begrifflichkeiten: Es gäbe Angebote, die für bestimmte Gruppen geeignet wären, da sie aber nicht so benannt werden, fühlen sich Menschen mit Behinderung bzw. Senioren nicht angesprochen.
- Außer dem Silvana-Bad ist keine Sportstätte/Sporthalle tatsächlich barrierefrei (Mängel bei den Zugängen, Toiletten, etc.).
- Es sind keine barrierefreien Rad-/Wanderwege vorhanden.

- Als Idee wurde die Einrichtung eines Sportangebots für Familien mit Kindern mit Behinderung bei der Turngemeinde Schweinfurt 1848 aufgeworfen, das beispielsweise in Zusammenarbeit mit den Offenen Hilfen und der Stadt realisiert werden kann.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Nötig ist die Förderung der Qualifikation von Übungsleitern, dabei ist auch über ein Anreizsystem nachzudenken.
- Es bedarf der Koordination, des Aufbaus von Kommunikationswegen und der Vernetzung der Vereine bzw. deren Angebote.
- Es sollte besser über die Nutzbarkeit bestehender Sport- und Aktivangebote auch für ältere und Menschen mit einer Einschränkung informiert werden.
- Hinsichtlich der Wanderwege sollte mit der Aufstellung von Bänken als Ruhemöglichkeit (beispielsweise auf dem Weg zum Schießhaus) ein erster Schritt gegangen werden.
- Weiterhin sind Angebote zu fördern und ins Leben zu rufen, die weniger auf Leistungssport ausgerichtet sind und mehr auf „Freizeit-Spaß“ mit weniger Trainingsintensität.

#### **Bürgerschaftliches Engagement:**

---

#### *Ergebnisse des Worldcafés und der Diskussion:*

- Gut funktioniert die Kooperation der Beiräte (Senioren, Menschen mit Behinderung, Integration, Lokale Agenda 21).
- Die Stadt arbeitet derzeit am Thema Wertschätzung im Ehrenamt: Da die früheren Empfänge keinen Anklang mehr fanden, wird 2018 nun erstmals auf das Volksfest eingeladen.
- Es besteht ein großer Bedarf an Freiwilligen in vielen Bereichen (auch in der Unterstützung von Menschen mit Behinderung, Übungsleiter u. v. m). Es kommt teilweise zu einem „Konkurrenzkampf“ um Ehrenamtliche. Wie generell im Ehrenamt zu beobachten, ist es schwieriger Ehrenamtliche für kontinuierliche Arbeiten (z. B. Übernahme von Ämtern) zu gewinnen als für einzelne, abgeschlossene Projekte.
- Für Menschen mit Behinderung, insbesondere mit Lern- oder geistiger Behinderung, gibt es bislang wenige Möglichkeiten zum ehrenamtlichen Engagement.
- Die Offenen Hilfen der Lebenshilfe fördern das Ehrenamt von Menschen mit Behinderung bereits seit einiger Zeit durch die Vermittlung geeigneter Einsatzmöglichkeiten und die Organisation der dafür notwendigen Assistenz. Dadurch können wichtige Brücken für eine gesellschaftliche Teilhabe gebaut werden. Die Finanzierung stellt jedoch eine große Herausforderung dar.
- Die Kostenübernahme für Gehörlosendolmetscher im Ehrenamt ist ein Problem und erschwert die Ausübung eines Ehrenamts. Anders als etwa für Arztbesuche werden die Kosten nicht übernommen.
- Die mangelnde Barrierefreiheit von Räumlichkeiten erschwert das Ausüben einer ehrenamtlichen Tätigkeit (z. B. Mehrgenerationenhaus).

- Als Hauptproblem wird aber die Gestaltung der Kommunikation und die Vernetzung gesehen, dabei vor allem die fehlende Transparenz (Bekanntheit) von Möglichkeiten des Engagements sowie – bei Bedarf – die fehlende Unterstützung zur Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit.
- Die Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement (KBE) existiert seit Januar 2014 nicht mehr, die Mittel der Projektförderung (Anschubfinanzierung des Bundes) liefen nach 3 Jahren aus und wurden nicht von anderer Seite übernommen. Es wird berichtet, dass der Wegfall der KBE zu Schwierigkeiten hinsichtlich der Kontinuität von Maßnahmen, die durch die KBE begonnenen worden waren, sowie hinsichtlich der Abstimmung und Koordination von bestehenden Angeboten geführt hat. Ebenso wird das mit dem Wegfall verbundene Fehlen einer Bezugsperson negativ für das bürgerschaftliche Engagement bewertet.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Nötig ist die Schaffung von barrierefreien Begegnungsorten für alle.
- Der Austausch und die Abstimmung zwischen Trägern und Stellen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten (Vereine, Nachbarschaftshilfen, Kirchengemeinden, soziale Einrichtungen etc.), muss gefördert werden. Hierfür bedarf es, so die Einschätzung im Expertenkreis, einer zentralen Person, die dies aktiv betreibt und gleichzeitig Ansprechpartner ist.
- Es bedarf einer koordinierten Öffentlichkeitsarbeit zur Schaffung von mehr Transparenz, hier kommt eine Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur des Landkreises in Betracht.
- Wird Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Tätigkeitsbereich im Ehrenamt oder bei der Aufnahme einer solchen Aktivität benötigt, so soll diese erbracht werden, um eine Teilhabemöglichkeit aller zu gewährleisten.
- Die Zusammenarbeit der Beiräte soll weiter gepflegt und gestärkt werden. Die früheren Aufgaben der KBE können durch diese nach eigener Einschätzung nicht vollständig übernommen werden.

#### **Politische Teilhabe und Selbsthilfe:**

---

##### *Ergebnisse des Worldcafés und der Diskussion:*

- Als Grundvoraussetzungen für die Teilhabe am politischen Leben wurden die folgenden Punkte identifiziert:
  - Empowerment – Menschen mit Behinderung benötigen aktive Unterstützung, Begleitung und Ermutigung, um am politischen Leben teilhaben zu können (Beispiel: Selbstvertretungsassistenten für Menschen mit Lernbehinderungen der Offenen Hilfen);
  - Leichte Sprache in der Kommune, in Ämtern und Behörden, in der Kommunalpolitik (Homepagetexte, Anträge, Bescheide, und vieles mehr);
  - Barrierefreiheit der Gebäude.
- Die Koordination der Selbsthilfegruppen bzw. die Beratung zu diesen wird seit einiger Zeit nicht mehr aktiv betreut.

- Die Ansprechpartner bzw. deren Adressatenkreis sind oft nicht bekannt, es mangelt am Wissen umeinander: Es müssen Ansprechpartner für Selbsthilfegruppen bzw. im politischen Rahmen genannt werden, damit man weiß, an wen man sich als Betroffener wenden kann. Diese Ansprechpartner brauchen wiederum Wissen über ihre Adressaten und deren Bedürfnisse, um diese gezielt ansprechen zu können.
- Die Bewusstseinsbildung ist gerade bei Führungskräften in der Verwaltung und in Unternehmen sowie anderen Entscheidern in diesem Bereich von großer Bedeutung, um so die verschiedenen Facetten der Barrierefreiheit (baulich, sozial, kommunikativ, etc.) zu verstehen und zu verinnerlichen.

*Handlungsbedarfe:*

- Die oben genannten Voraussetzungen für Teilhabe und Selbsthilfe – Begleitung und Unterstützung sowie bauliche und sprachliche Barrierefreiheit – müssen weiter umgesetzt werden.
- Folgende Aufgaben sind nach Einschätzung der Expertengruppe derzeit in Schweinfurt un- ausgefüllt:
  - Informationen über freie Räumlichkeiten und wie sie gebucht werden können;
  - Flächendeckende Verteilung von Infos (im Internet und als Print-Ausgabe);
  - Zugehen auf Selbsthilfegruppen, um die Teilnahme an Veranstaltungen wie den Beiratssitzungen zu erhöhen und Austausch zu fördern;
  - Zentrale Stelle für Beratung, gerade für Betroffene von Krankheiten, für die es noch keine Selbsthilfegruppen gibt;
  - Sachorientierte Koordination der Selbsthilfegruppen;
  - Anlaufstellen für Menschen, die sich in einer Selbsthilfegruppe engagieren wollen bzw. Brückenbau für Menschen mit Behinderung als Ehrenamtliche;
  - Organisation von Veranstaltungen und Aktionen zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung (Idee Aktionstag mit Möglichkeiten der Selbsterfahrung).

**Teilnehmerliste:**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
Herr Appold	Turngemeinde Schweinfurt 1848 e.V.
Frau Büttner	Stadt Schweinfurt, Amt für soziale Leistungen
Frau Cize	Stadt Schweinfurt, Volkshochschule
Herr Gehring	Stadt Schweinfurt, Amt für soziale Leistungen
Frau Hammer	Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Schweinfurt e.V.
Herr Holzheid	Seniorenbeirat der Stadt Schweinfurt
Herr Jesse	Offene Behindertenarbeit (OBA)
Frau Kaltenbach	Stadt Schweinfurt, Stadtbücherei
Herr Klein	Offene Behindertenarbeit (OBA)
Herr Kraus	Katholisches Senioren-Forum, Regionalstelle Schweinfurt
Herr Laible	Bürgerverein Zürich
Frau Martin	Arbeitsgruppe für Sozialplanung (AfA)
Herr Melchior	Stadtkirche Schweinfurt, Stadtpfarrei Heilig Geist
Herr Montag	Stadt Schweinfurt, Sozialreferent
Herr Neder	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt
Frau Pfortner	Eltern-SHG Autismus
Herr Quirin	SHG Die Wortfinder
Herr Rupp	Freunde und Förderer der OBA
Frau Schefold	Arbeitsgruppe für Sozialplanung (AfA)
Herr Schmitz	Tourist-Information Schweinfurt 360°
Herr Schubert	Stadt Schweinfurt, Kommunale Jugendarbeit
Frau Weber	Offene Behindertenarbeit, Lebenshilfe Schweinfurt e.V.

## **Beratung, Information, Bewusstseinsbildung und Vernetzung**

am 22. Februar 2018 im Kolping-Bildungszentrum Schweinfurt

### **Leitgedanke zum Themenfeld:**

---

*Vielfalt vernetzt sich*

### **Beratung, Information, Kommunikation:**

---

#### *Ergebnisse des Worldcafés und der Diskussion:*

Wegweiser und Information (im Internet):

- Der Seniorenwegweiser der Stadt Schweinfurt stellt ein umfassendes und aktuelles Nachschlagewerk für die Stadt da.
- Für Menschen mit Behinderung gibt es dazu kein Pendant.
- Die Internetseite der Stadt wird als unübersichtlich empfunden, beispielsweise wenn man den Seniorenführer sucht. Die Vorlesefunktion funktioniert gut, die Formulare aber sind zu komplex (Leichte/Einfache Sprache), wodurch immer Hilfebedarf nötig ist. Das Zwei-Sinne-Prinzip ist nicht durchgängig umgesetzt.
- Der Onlineführer „Hürdenlos“ wurde einst vom Beirat für Menschen mit Behinderung erarbeitet, er wurde jedoch in der ursprünglichen Form nicht weitergeführt (Gründe: Aufwand für Pflege der Inhalte, Kosten u. a.). Die Stadt Schweinfurt hat einen Teil der Informationen in einen gedruckten Stadtplan sowie in den digitalen Stadtplan der Stadt Schweinfurt eingepflegt.
- Die Internetseite der Offenen Hilfen der Lebenshilfe Schweinfurt bietet einen Wegweiser mit regionalen Freizeitinformationen in Leichter Sprache mit Bildern. Sie könnte ggf. um Informationen für Menschen mit Seh-/Hörbehinderungen sowie körperlicher Behinderung ergänzt und erweitert werden. Dies ist jedoch zeitintensiv.
- Der Integrationsbeirat der Stadt Schweinfurt baut derzeit eine Seite mit Informationen für „Ankommende“ auf (z. B. zu Sportangeboten).
- Die OBA der Diakonie erstellt eine barrierefreie Homepage. Die OBA-Satzung ist bereits in Leichter Sprache verfasst, ansonsten gibt es noch keine weiteren Dokumente in Leichter Sprache.
- Einige Informationen auf den genannten Homepages laufen parallel, andere ergänzen sich.
- Es gibt viele Informations-Flyer von Anbietern in der Stadt, aber diese werden teils wenig genutzt und haben einen begrenzten Bekanntheitsgrad.

- Es gibt zahlreiche überregionale Wegweiser (z. B. ZBFS-Wegweiser für Menschen mit Behinderung, Aktion Mensch). Diese sind zu wenig bekannt und nicht immer in Leichter Sprache verfügbar.

*Beratung:*

- Es gibt viele spezielle Anlaufstellen, gerade für Menschen mit Behinderung fehlt es jedoch an Orientierung.
- Ein wachsender Bedarf wird beobachtet an Unterstützung beim Finden von Pflegeleistungen/Vermittlung von Pflege- und Tagespflegeplätzen. Viele Angehörige finden kein Angebot, fühlen sich überfordert und suchen Rat.
- Der Pflegestützpunkt informiert über Angebote, ist jedoch gehalten keine Empfehlungen (Institutionen) zu geben und verweist auf die Selbstverantwortung von Senioren und Angehörigen. Auch ist die Kapazität des Pflegestützpunkts nicht auf Begleitung oder Case-Management ausgelegt.
- Hilfesuche zum Finden von Pflegeleistungen laufen auch bei allgemeinen Beratungsstellen in der Stadt auf.
- „Lebensphasen-überspannende Begleitung“ wird von den Offenen Hilfen angeboten. Dabei nehmen derzeit sowohl die Offenen Hilfen als auch die OBA viele Beratungsaufgaben zu Sachthemen für ihre Klientel wahr, weil die zuständigen Fachberatungsstellen von diesen Personen oft nicht aufgesucht werden. Aufgrund des Inklusionsgedankens wirken sie jedoch darauf hin, dass es weniger „Spezialangebote“ gibt, sondern es wird darauf hingearbeitet, dass Angebote für alle geöffnet werden.

*Handlungsbedarfe:*

- Es besteht Bedarf an Orientierung in der Beratungs- und Angebotslandschaft, v. a. für Menschen mit Behinderung. Eine Bündelung von Informationen erscheint notwendig.
- Bestehendes Informationsmaterial wie überregionale Wegweiser oder Informationsflyer von Anbieter in Schweinfurt müssen besser zur Nutzung gebracht werden.
- Das Informationsangebot der Stadt im Internet soll übersichtlicher und barrierefrei gestaltet werden.
- Für die zukünftige Bereitstellung von lokalen Informationen zur Barrierefreiheit und zur Nutzung von Freizeitangeboten (auch im Internet) ist eine Konferenz der Beiräte und aller Träger anzustreben, die (Online-) Informationsangebote rund um die Freizeitgestaltung für Menschen mit Behinderung machen.
- Dem wachsenden Unterstützungsbedarf bei der Suche nach Pflegeleistungen soll Rechnung getragen werden.
- Im Bereich der Beratung ist der Inklusionsgedanke derzeit noch wenig umgesetzt. Es gibt viele Spezialangebote und Parallelstrukturen. Mit allen Verantwortungsträgern sollte eine Strategie für eine stärkere inklusive Öffnung der Beratungsangebote erarbeitet werden.

## Kooperation und Vernetzung:

---

### *Ergebnisse des Worldcafés und der Diskussion:*

- Die Vernetzung der Beiräte untereinander funktioniert gut, auch durch den gemeinsamen Beiratsstammtisch (Beiräte und Lokale Agenda 21), den es seit 2 Jahren gibt und der ein Kennenlernen auf informeller Ebene ermöglicht.
- Neben dem Beiratsstammtisch gibt es weitere Vernetzungsbeispiele: Treffen städtischer Stellen mit der Wohnungswirtschaft, der Verkehrssicherheit, unter Heimleitern, ambulanten Pflegediensten, sowie die Kultur- und Sozialkonferenz. Diese Treffen dienen in der Regel der inhaltlichen Vernetzung, Information und Abstimmung.
- Das Angebot an Beratung und Vernetzung im Bereich Menschen mit Behinderung wurde als nicht ausreichend eingeschätzt: Zwar existieren viele Beratungsstellen, denen allerdings oft das Wissen voneinander fehlt, da zu wenig Vernetzung stattfindet. Beratungsstellen wurden in der Vergangenheit eingestellt (z. B. Reha-Stelle) und nur zum Teil ersetzt, dies verstärkt die Unübersichtlichkeit in diesem Feld. Hier fehlt es an einer koordinierenden Stelle, so der Tenor, ähnlich der für Selbsthilfegruppen in Würzburg („Aktivbüro“).
- Im Bereich der Einzelfallarbeit erfolgt derzeit in der Regel kein Case-Management, trägerübergreifende „Fallkonferenzen“ gibt es nach Aussage der Träger nicht. Vorhandene trägerübergreifende Beratungsstandards werden aus Angst vor Mehraufwand bislang nicht angewendet.
- Die Kooperation mit Ärzten ist bis auf Einzelfälle eher schwierig, wird aber im Rahmen des Pflegestützpunktes und bei der Palliativarbeit positiv bewertet.
- Menschen mit Behinderung benötigen oftmals Unterstützungsleistungen, um sich vernetzen zu können, an Treffen, informellen Gesprächen etc. teilzunehmen (z. B. für Gehörlose einen Dolmetscher), wodurch die Flexibilität und Spontanität eingeschränkt wird.
- Idee zur Stärkung der kulturellen Teilhabe: App für Gehörlose, die Videos für Museumsbesuche und ähnliches bereitstellt.

### *Handlungsbedarfe:*

- Zur Verbesserung des Beratungsangebots für Menschen mit Behinderung wird eine regelmäßige trägerübergreifende Information über Ansprechpartner und Aufgaben sowie inhaltlicher Austausch für notwendig erachtet. Dies muss initiiert und fortlaufend koordiniert werden.
- Case-Management und trägerübergreifende „Fallkonferenzen“ sind insbesondere für komplexe Fälle auszubauen (Positiv-Beispiel: „Berufswegekonferenzen“ im Bereich der Jugendhilfe).
- Die Idee der App für Gehörlose für Museumsbesuche wird auf der nächsten Kulturkonferenz aufgegriffen.

## **Bewusstseinsbildung:**

---

### *Ergebnisse des Worldcafés und der Diskussion:*

- Bewusstseinsbildung bedeutet, dafür zu sensibilisieren was Begriffe wie barrierefrei und Inklusion tatsächlich bedeuten. Bewusstseinsbildung heißt daher Wissen verbreiten, so die Einschätzung im Workshop. Das Ziel der Bewusstseinsbildung ist dann erreicht, wenn Hilfen überflüssig werden, weil ein Selbstverständnis eingetreten ist.
- Leichte Sprache ist ein wichtiges Instrument zur Inklusion, auch, um Menschen besser zu erreichen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist.
- Selbsterfahrung ist ein wichtiger Aspekt der Bewusstseinsbildung (Aktionen, Veranstaltungen etc.). Denn oftmals fängt das Nachdenken über Barrieren und das Leben im Alter bzw. mit Einschränkungen erst an, wenn man selbst betroffen ist.
- Die Eindrücke aus Selbsterfahrungen sollten in Behörden allgemein vergegenwärtigt werden (Schulungen). Einige solcher Schulungsangebote gibt es schon (z. B. von der Lebenshilfe). Sie sind aber noch nicht bekannt genug und erreichen derzeit nur „Interne“.
- Erster Ansatzpunkt sollten Kinder und Jugendliche sein, da bei ihnen Vorurteile/Ängste/Einstellungen noch nicht verfestigt sind. Gute Beispiele sind z. B.: Ein Projekt mit Firmlingen, bei dem sich Menschen mit Behinderung als Referenten einbringen (Offene Hilfen), Projekte in Schulen/Kindergärten (z. B. Rollstuhl im Kindergarten) oder Mitmachstationen bei Aktionstagen.
- Es gilt auch über Anreize für Erwachsene nachzudenken, um Bewusstseinsbildung zu fördern: An der Fachhochschule Schweinfurt wurden z. B. Veranstaltungen zur Barrierefreiheit angeboten und für den Besuch ECTS-Punkte (European Credit Transfer System) vergeben.
- Kanäle für die Bewusstseinsbildung können vielfältig sein: Neben Aktionen und Veranstaltungen sind auch soziale Medien, Zeitungen sowie lokale TV-Medien denkbar. Eine wichtige Rolle spielen auch kostenfreie Blätter, Informationsbroschüren der Stadt, das Groschenheft, Ärztezführer etc. Es sollten mehrere Informationswege parallel genutzt werden, da die Nutzergruppen jeweils unterschiedlich sind (Internet z. B. erreicht nicht alle).
- Die für eine gute Bewusstseinsbildung nötige professionelle Öffentlichkeitsarbeit stellt jedoch die meisten z. B. Vereine vor personelle und finanzielle Herausforderungen.
- Idee: Themenausgabe/ -reihe, in der Menschen mit Behinderung anhand von persönlichen Geschichten porträtiert werden. Wichtig ist dabei eine positive Darstellung, denn Menschen mit Behinderung werden in der Presse oft negativ dargestellt (vgl. Projekt „Leidmedien“, welche Formulierungen wie „an den Rollstuhl gefesselt“ anprangert). Diese Idee wurde im Expertenworkshop unter Beteiligung einer Vertreterin der lokalen Presse besprochen.
- Wissen wird auch auf den regelmäßigen Treffen der Selbsthilfegruppen weitergegeben. Voraussetzung ist die Information der Öffentlichkeit, wann diese Treffen stattfinden (Infoführer nicht mehr aktuell).
- Positiv-Beispiel „Gesundheitstage“ in Bad Kissingen: Gruppen und Vereine haben die Möglichkeit, sich zu präsentieren und zu informieren. In Schweinfurt gibt es die Geriatrietage auf der Maininsel, diese könnten breiter angelegt und gezielt beworben werden.

### *Handlungsbedarfe:*

- Idee: „Aktionstag Barrierefreiheit“ organisieren. In einem solchen Rahmen können handlungsfeldübergreifend vielerlei Aktionen angeboten werden, u. a. eine Vorstellung von Projekten, Vereinen und Gruppen, Aktionen zur Selbsterfahrung etc.
- Aktionen der Selbsterfahrungen und darauf aufbauende Schulungen sollen zur Bewusstseinsbildung beitragen (öffentlich Verwaltung u. a.).
- Aktionen wie Besuche in Schulen sollten aktiv durch Pressevertreter begleitet werden, um positive Präsenz in den Medien zu erzielen.
- Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist vernetztes Arbeiten wichtig und hilft, mehr zu erreichen und Ressourcen zu sparen.
- Idee: Themenausgabe/ -reihe in der Presse, in der Menschen mit Behinderung aus der Stadt/Region anhand von persönlichen Geschichten porträtiert werden.
- Information über Gruppen, Vereine und Veranstaltung erreichen Außenstehende (z. B. Nicht-Mitglieder einer Selbsthilfegruppe, eines Verbandes) oft nicht. Dies könnte durch eine gemeinsame Veröffentlichung der Jahresplanungen der Gruppen und Vereine verbessert werden.

**Teilnehmerliste:**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
<b>Frau Barthelme</b>	Diakonisches Werk Schweinfurt e.V., Mehrgenerationenhaus
<b>Frau Büttner</b>	Stadt Schweinfurt, Amt für soziale Leistungen
<b>Frau Dietz</b>	Stadt Schweinfurt, Büro des Oberbürgermeisters, Pressesprecherin
<b>Herr Gehring</b>	Stadt Schweinfurt, Amt für soziale Leistungen
<b>Herr Gräf</b>	Gehörlosenverein Schweinfurt
<b>Frau Hammer</b>	Caritasverband für Stadt und Landkreis Schweinfurt e.V.
<b>Herr Hennlich</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt
<b>Herr Klein</b>	Offene Behindertenarbeit (OBA)
<b>Frau Licha-Hofmann</b>	Pflegestützpunkt Schweinfurt
<b>Frau Lindlein</b>	Integrationsfachdienst gfi gGmbH
<b>Frau Martin</b>	Arbeitsgruppe für Sozialplanung (AfA)
<b>Herr Montag</b>	Stadt Schweinfurt, Sozialreferent
<b>Herr Pfeuffer</b>	Gehörlosenverein Schweinfurt
<b>Frau Prenko</b>	Stadt Schweinfurt, Rechtsreferendarin im Sozialreferat
<b>Herr Rupp</b>	Freunde und Förderer OBA
<b>Frau Schefold</b>	Arbeitsgruppe für Sozialplanung (AfA)
<b>Herr Schmitt</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt
<b>Herr Spath</b>	SGH Muskelkranke Schweinfurt/Geldersheim
<b>Herr Unser</b>	Beratungsstelle Barrierefreies Bauen BAG
<b>Frau Weber</b>	Offene Hilfen, Lebenshilfe Schweinfurt e.V.
<b>Frau Wiedemann</b>	Mainpost, Lokalredaktion Schweinfurt
<b>Frau Wunder</b>	Gleichstellungsstelle, Gleichstellungsbeauftragte

## Bildung und Erziehung

am 08. Februar 2018 im Veranstaltungsraum am Schrottturm, Stadt Schweinfurt

### Leitgedanke zum Themenfeld:

---

*Potenziale optimal nutzen. Investieren in Chancengleichheit.*

### Kindertagesbetreuung:

---

#### Bestände:

- In der Stadt Schweinfurt besteht ein genereller Mangel an Kita-Plätzen. In den nächsten Jahren werden insgesamt 150 neue Kita-Plätze in der Stadt Schweinfurt hinzukommen, darunter auch Plätze mit integrativem Charakter. Gemeinsam mit der Lebenshilfe soll eine Kindertageseinrichtung mit integrativem Charakter entstehen.
- Es gibt schon seit einigen Jahren Kitas, die Kinder mit Behinderung betreuen.
- Es gibt keine kommunale Kita in der Stadt Schweinfurt.

### Schule:

---

#### Bestände:

- Die Montessori-Schule (GS/HS) hat gute Erfahrungen mit der Unterrichtung von Kindern mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf (u. a. Rollstuhlfahrer, Schüler mit Down-Syndrom). Sie erhalten u. a. Unterstützung durch den MSD der Adolf-Kolping-Schule.
- Die Wilhelm-Sattler-Realschule hat das Schulprofil Inklusion. Die Schule ist rollstuhlgerecht umgebaut – mit Ausnahme eines Stockwerks. Außerdem ist die Schule für alle Handicaps ausgelegt. Die Realschule gilt auch als Seminarschule. An der Schule ist außerdem ein eigener Schulpsychologe angestellt. Insgesamt sind nur wenige Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf an der Schule, teilweise aber mit großem Erfolg.
- Die Walter-Rathenau-Schule (Gymnasium und Realschule) ist größtenteils rollstuhlgerecht umgebaut (kein Aufzug zur Verwaltungsebene); es gibt nur wenige Stufen zwischen den unterschiedlichen Gebäudeteilen. Außerdem verfügt die Schule über eine rollstuhlgerechte Toilette.
- An die Julius-Kardinal-Döpfner-Schule (Förderzentrum Sprache) ist eine Schulvorbereitende Einrichtung (SVE) angegliedert. Die Förderschule bietet u. a. auch eine Beratung für Eltern, Kitas etc. an.

## **Erwachsenenbildung:**

---

### *Bestände:*

- Das Gebäude der Offenen Behindertenarbeit Schweinfurt (Obere Straße) ist seit mehreren Jahren barrierefrei umgebaut und verfügt über einen Aufzug, elektrische Türen und einen tiefergesetzten Briefkasten. Von der Offenen Behindertenarbeit werden i. S. einer Selbstwahrnehmung Rollstuhlkurse an Schulen durchgeführt.
- Die Fachschule für Heilerziehungspflege ist barrierefrei umgebaut.
- Das Gebäude der Volkshochschule der Stadt Schweinfurt ist rollstuhlgerecht umgebaut und wird demnächst noch mit einer Elektrotüre ausgestattet. Außerdem ist sie gut vernetzt, u. a. mit Selbsthilfegruppen, der Offenen Behindertenarbeit (OBA), Lebenshilfe etc. Sofern Menschen mit geistiger Behinderung an den Kursen teilnehmen, werden die Kursleiter angehalten Einfache Sprache zu verwenden. Das Programmheft beinhaltet u. a. auch Kurse in Leichter Sprache.

## **Information, Beratung und Begleitung:**

---

### *Diskussionsergebnisse:*

- Es gibt einige Beratungsstellen für Eltern (z. B. KoKi etc.). Sofern das Kind eine anerkannte Behinderung nach SGB IX hat und die Eltern in die Strukturen hineingewachsen sind, werden diese auch angenommen. Vor allem Eltern von Kindern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen nutzen diese allerdings kaum.
- Um auch die Eltern von Kindern mit Beeinträchtigung zu erreichen bzw. entsprechend zu informieren, die sich nicht von sich aus Rat suchen (Geh-Struktur statt Komm-Struktur), müssen die Einrichtungen (z. B. Schulen, MSD, Therapeut) intensiver auf die Eltern zugehen. Dazu zählen vor allem Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen, die diese nicht wahrhaben wollen oder jene bei denen sprachliche/kulturelle Barrieren zum Tragen kommen.
- Zur Begleitung von Eltern/Kindern mit Flucht- oder Migrationshintergrund gibt es unterschiedliche Angebote, wie z. B. das MiMi-Projekt „Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Bayern“, einen Orientierungskurs als Teil des Integrationskurses (Informationen zu Bildungsangeboten (*Wo finde ich was?*), Durchführung von Stadtführungen, Vermittlung der Rolle der Frau etc.) etc.
- Im Rahmen der Integration von Kindern mit Fluchthintergrund müssen die Schulen auch eine entsprechende Elternarbeit leisten. Hierzu ist u. a. eine Weitervermittlung an Anlaufstellen notwendig.
- Beratungsangebote für Kindertageseinrichtungen sind kaum vorhanden. Die Einrichtungen sind deshalb nicht gut informiert.
- Zwischen den Einrichtungen/Schulen und der Stadt Schweinfurt besteht nicht immer die nötige Transparenz bezüglich bestehender Angebote oder Informationsmaterialien, die von den Einrichtungen genutzt werden könnten.

- Ein Überblick über bereits bestehende Angebote oder Informationsmaterialien ist unter den Einrichtungen/Schulen wie auch betroffenen Eltern nur teilweise gegeben. Eine Lösung könnte in der Wiederbelebung oder Neuauflage des Beratungsführers<sup>1</sup> für Schweinfurt liegen, dessen Tätigkeit allerdings vor einiger Zeit eingestellt wurde.
- Da jede Institution einen anderen Fokus hat, sollten sich diese zur Förderung des Austausches untereinander besser vernetzen. Hierzu wurde u. a. vorgeschlagen ein Inklusionsforum zu installieren – analog zu der bereits bestehenden Sozial-Kulturkonferenz, die sich einmal jährlich trifft und aus allen wichtigen Vertretern besteht, u. a. Schulen und Wirtschaft.
- Die Information und Begleitung von Eltern sollte immer zweifach erfolgen: Parallel zu Printinformationen (u. a. auch in Leichter Sprache, in verschiedenen Sprachen) ist auch immer eine Elternarbeit (ggf. inklusive Übersetzer) wichtig. Gerade letzteres bringt den Eltern eine Wertschätzung gegenüber, die sehr wichtig ist.
- Es wurde vorgeschlagen ein „Büro für Chancengleichheit“ nach dem Vorbild des „Büros für Chancengleichheit und Vielfalt – Antidiskriminierung“ aus der Stadt Erlangen einzurichten, im Sinne einer allgemeinen Anlaufstelle (Litfaßsäule) für alle, die Ratsuchende entsprechend weitervermittelt. Diese könnte eventuell an die Stelle der Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte (Kerstin Surauf) angedockt werden, in dem die personellen Ressourcen ausgebaut werden. Auch vor diesem Hintergrund sollte das auf 2 Jahre befristete Projekt unbedingt weitergeführt werden.
- Menschen mit geistiger Behinderung wissen häufig gar nicht, dass ihnen generell alle Kurse der Volkshochschule offenstehen. Um bestehende Hemmungen hierzu abzubauen und diese Zielgruppe dazu zu bewegen, sich über das Kursangebot zu informieren, führte die Volkshochschule thematische Rollenspiele durch.
- Es wurde vorgeschlagen das Angebot der Volkshochschule auch dem Beirat für Menschen mit Behinderungen vorzustellen.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Die Elternarbeit von Seiten der Institutionen ist nicht auf die Bedürfnisse spezieller Zielgruppen (v. a. Eltern von Kindern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen, von Kindern mit Fluchthintergrund) ausgerichtet.
- Kindertageseinrichtungen sind schlecht zu den Themen „Behinderung“ und/oder „Inklusion“ informiert.
- Es mangelt an Transparenz über die bestehenden (Beratungs-)Angebote, Informationsmaterialien etc.
- Die relevanten Akteure sind in viel zu geringem Maße miteinander vernetzt.
- Es fehlt eine allgemeine, kompetente Anlaufstelle zur Weitervermittlung an die entsprechenden Angebote.

---

<sup>1</sup> Der Beratungsführer entstand durch das Projekt Raabe, Gesellschaft zur beruflichen Förderung Schweinfurt mbH (GbF) - Kompetenzagentur Schweinfurt.

- Die Informationsmaterialien/-möglichkeiten entsprechen nicht immer den Bedürfnissen von Menschen mit Beeinträchtigungen bzw. sind nur zum Teil barrierefrei (u. a. in Leichter Sprache, mehrsprachig).

### **Rahmenbedingungen der bzw. in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen:**

---

#### *Diskussionsergebnisse – Bereich Kindertagesbetreuung:*

- In den Kindergärten ist kaum Personal vorhanden, das für die Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf entsprechend geschult ist.
- Problematisch ist die Betreuung von Kindern mit sozial-emotionalen Störungen, da sie die Gruppe stark stören – teilweise sind diese für die Einrichtungen gar nicht tragbar. Betreuungsangebote für Kinder, die hierbei „durchs Raster fallen“ sind in Schweinfurt nicht vorhanden. Entsprechende Konzepte fehlen.

#### *Diskussionsergebnisse – schulischer Bereich:*

- Die Kinder kommen untereinander sehr gut zurecht (gute Akzeptanz ihrer Mitschüler) und sind zum Thema „Behinderung“ vielfach sensibilisiert, da sie bereits früh mit dem Thema konfrontiert werden. Probleme mit „Behinderung“ haben vor allem Eltern von Kindern ohne einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Außerdem macht den Eltern das Thema bzw. der Begriff „Inklusion“ teilweise Angst. Eltern müssen hierfür sensibilisiert werden.
- Viele Eltern möchten, dass ihr Kind an einer Förderschule unterrichtet wird. Auch fühlen sich die Kinder dort teilweise besser aufgehoben, da keine Stigmatisierung stattfindet.
- Das Klientel an den Schulen verändert sich: Die Gruppe der Schüler mit sozial-emotionalen Störungen wie auch psychischen Beeinträchtigungen steigt.
- Eine weitere Herausforderung der Schulen besteht in der Beschulung von Kindern mit Migrations- oder Fluchthintergrund, Kinder alleinerziehender Eltern und in Armut lebender Kinder.
- In den Schulen gibt es wenig Personal, das für die Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf entsprechend geschult ist. Dort fehlen u. a. auch Sozialbetreuer, u. a. für Schüler mit sozial-emotionalen Störungen. Sinnvoll wäre außerdem ein Ansprechpartner pro Schule/Einrichtung, der sich gut mit dem Thema Inklusion/ Behinderung auskennt.
- Der Personalschlüssel, um Kinder mit sozial-emotionalem Verhalten zu beschulen/ unterrichten, reicht sowohl im Regel- als auch im Förderschulbereich nicht aus.
- Das Thema „Behinderung“ oder Inklusion spielt in der Lehrerbildung fast keine Rolle. In der Praxis sind die Lehrer aber häufig damit konfrontiert. Es wird vorgeschlagen
  - Fortbildungen für Lehrkräfte zu schaffen, in denen sie in Form einer Selbstwahrnehmung (z. B. Rollstuhlbasketball) erfahren, was es bedeutet eine körperliche Behinderung zu haben.

- für Lehrkräfte einen „Crashkurs Gebärdensprache“ anzubieten, um diese für Sinnesbehinderungen entsprechend zu sensibilisieren (einen ähnlichen Kurs gab es bereits für Verwaltungsmitarbeiter in der Stadt Schweinfurt).
- Bauliche Barrierefreiheit muss Schritt für Schritt hergestellt werden. Allerdings sind viele Schulgebäude Bestandsbauten und stehen unter Denkmalschutz, die nicht oder nur schwer umzubauen sind. Bei allen Neubauten sollte die Einhaltung der gesetzlichen Umsetzung von „Barrierefreiem Bauen“ durch die Genehmigungsbehörden überprüft werden.
- Die Stadt Schweinfurt ist sehr kooperativ im Zusammenhang mit der Erfüllung baulicher Barrierefreiheit bzw. der Bereitstellung entsprechender Hilfsmittel (z. B. Lupen) den Schulen gegenüber.
- Das Bewusstsein für das Thema Inklusion muss da sein. Das bedeutet u. a., dass das Thema Behinderung bereits bei Planungen/Umbaumaßnahmen u. a. der Stadtverwaltung mitzudenken ist. Außerdem sollen mit den entsprechenden Akteuren (z. B. Baureferent oder Referenten der Stadt Schweinfurt) wie auch den Politikern verstärkt Selbstwahrnehmungsaktionen durchgeführt werden. Dabei könnten Aktionen wieder aufgegriffen werden, die es im Rahmen ähnlicher Aktionen in der Stadt Schweinfurt früher bereits gab (z. B. Rollstuhlparcour).

#### *Handlungsbedarfe:*

- Es gibt zu wenig entsprechend geschultes Personal in den Kindertageseinrichtungen sowie in den Schulen.
- Die Betreuung/Beschulung von Kindern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen – als stetig wachsende Gruppe – stellt die Einrichtungen/Schulen vor große Herausforderungen. Es fehlt sowohl an entsprechenden Konzepten als auch an Unterstützungsmöglichkeiten.
- Mit dem derzeitigen Personalschlüssel ist eine Betreuung/Beschulung von Kindern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen nicht möglich.
- Schulen müssen heutzutage multiplen Herausforderungen gerecht werden.
- Vielen Eltern fehlt die nötige Sensibilisierung gegenüber den Themen „Behinderung“ oder „Inklusion“.
- Die Themen „Inklusion“ bzw. „Behinderung“ finden in der Lehrerbildung kaum Berücksichtigung.
- Bestandsbauten setzen der gesetzlich geforderten Umsetzung von Barrierefreiheit häufig Grenzen.
- Die Verantwortlichen sind nicht immer ausreichend bezüglich der Umsetzung von barrierefreiem Bauen sensibilisiert.

## **Inklusive Konzepte von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen:**

---

### *Diskussionsergebnisse – schulischer Bereich:*

- Die Angebote der Elternschmiede Schweinfurt sind ein gutes unbürokratisches und günstiges Beispiel, an dem u. a. Kinder mit Behinderung teilnehmen können (3,00 Euro pro Kind).
- Die Finanzierung von Schulbegleitern/Integrationshelfern für Schüler mit sozial-emotionalen Problemen ist häufig schwierig.
- Bei der Beantragung von Schulbegleitern, Unterstützung bei Ausflügen (z. B. Ski-Kurs) treffen die Lehrer häufig auf bürokratische Hürden (hoher zeitlicher Aufwand und damit zusätzliche Belastung der Lehrer). Es wurde vorgeschlagen sich hierfür an Stiftungen zu wenden, z. B. Oskar-Soldmann-Stiftung, um entsprechende Fördermittel zu erhalten.
- Schulbegleiter sind wichtig, allerdings sind diese kaum/nicht angemessen geschult.
- Teilweise bietet die Volkshochschule inklusive Kurse, z. B. im Bereich Kochen wie auch Kurse in Leichter Sprache an.
- Gehörlose Menschen, die einen Kurs an der Volkshochschule besuchen möchten, haben die Möglichkeit die Hilfestellung eines Gebärdensprachdolmetschers in Anspruch zu nehmen, dessen Kosten entweder vom Landesverband Bayern der Gehörlosen oder vom Förderverein übernommen werden. Ebenso kann eine Assistenz über die Offene Behindertenarbeit angefordert werden.

### *Handlungsbedarfe:*

- Bürokratische und finanzielle Hürden verhindern den Einsatz von Schulbegleitern.
- Es mangelt an einer entsprechenden Qualifizierung für Schulbegleiter.

## **Gestaltung von Übergängen (Kita – Schule – Ausbildung):**

---

### *Diskussionsergebnisse:*

- Für Schüler mit Sinnesbehinderung ist der Besuch der Regelschule schwierig; für Schüler mit geistiger Behinderung ist der Übertritt nochmals schwerer.
- Aus Datenschutzgründen dürfen Informationen zu den Kindern/Schülern beim Übergang Kita-Schule oder in eine andere Schule (z. B. Förderschule) nicht weitergegeben werden. Das bereitet vor allem bei Kindern mit einer Beeinträchtigung Probleme, da die jeweils neue Einrichtung/Schule nicht auf die vorhandenen, wichtigen Informationen zugreifen kann und bei „0“ beginnen muss. Der Datenschutz erschwert somit die Vernetzung unter den Einrichtungen/Schulen.

### *Handlungsbedarfe:*

- Der Übergang für Kinder mit Sinnesbehinderungen oder geistiger Behinderung an eine Regelschule gelingt kaum.
- Der Datenschutz erschwert zusätzlich den Übergang von Kindern mit Beeinträchtigungen aufgrund des Verbots der Weitergabe von schülerspezifischen Informationen.

### **Wahlfreiheit:**

---

#### *Diskussionsergebnisse:*

- Man muss sich darüber im Klaren sein, dass eine Wahlfreiheit nur annähernd erreicht werden kann.

### **Allgemeines:**

---

- Zur grafischen Aufbereitung des Endberichts (der jeweiligen Handlungsfelder) wurde vorgeschlagen den Comic-Zeichner Pascal Heiler heranzuziehen.
- Es wurde ferner vorgeschlagen bei der Abschlussveranstaltung des Aktionsplans „Barrierefreies Schweinfurt 2025“ Schriftdolmetscher einzusetzen.

**Teilnehmerliste:**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
<b>Georg Harbauer</b>	Wilhelm-Sattler-Realschule
<b>Günther Leo Redolfi</b>	Friedrich-Rückert-Grundschule
<b>Simone Bernard</b>	Julius-Kardinal-Döpfner-Schule
<b>Reinhold Stiller</b>	Offene Behindertenarbeit
<b>Ulrich Wittmann</b>	Walther-Rathenau-Gymnasium und Realschule
<b>Jutta Cize</b>	Volkshochschule, Leiterin
<b>Rene Gutermann</b>	Stadt Schweinfurt, Amtsleiter Amt für Sport und Schulen
<b>Dr. Dieter Jaufmann</b>	Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern
<b>Meike Ganschinietz</b>	Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern
<b>Jürgen Montag</b>	Stadt Schweinfurt, Sozialreferent der Stadt Schweinfurt
<b>Corina Büttner</b>	Stadt Schweinfurt, Amtsleiterin Amt für soziale Leistungen
<b>Andreas Gehring</b>	Stadt Schweinfurt, Sachgebietsleiter Zentrum am Schroturm

## Arbeit und Beschäftigung

am 07. Februar 2018 im Veranstaltungsraum am Schrottturm, Stadt Schweinfurt

### Leitgedanken zum Themenfeld:

---

*Zusammen geht's – einfach barrierefrei teilhaben.*

*Mit Herz denken und arbeiten.*

### Übergang Schule – Arbeit/Berufsorientierung und berufliche Ausbildung:

---

#### Diskussionsergebnisse:

- Es gibt durchaus Erfolgsgeschichten von gelingender Inklusion an berufsbildenden Schulen (z. B. gehörlose Schülerin am staatlichen beruflichen Schulzentrum Alfons Goppel, Unterstützung durch Gebärdensprachdolmetscher).
- An der Adolf-Kolping-Berufsschule<sup>2</sup> gibt es die Möglichkeit eine Fachpraktiker- oder –werkerausbildung mit einer abschließenden Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer (=anerkannter Abschluss) zu absolvieren. Dies berechtigt die Absolventen auf dem 1. Arbeitsmarkt zu arbeiten. Schüler mit einem entsprechenden Abschluss kommen seit Jahren gut auf dem 1. Arbeitsmarkt unter und verdienen auch „gutes“ Geld.
- Viele berufsbildende Schulen werden bei der Unterrichtung von Schülern mit Behinderung durch den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst (MSD) der Adolf-Kolping-Schule unterstützt, allerdings reichen die MSD-Stunden bei Weitem nicht aus. Teilweise kommen außerdem Jugendsozialarbeiter zum Einsatz. Insgesamt wünschen sich die berufsbildenden Schulen mehr Unterstützung bei ihrer Arbeit mit Jugendlichen mit Behinderung bzw. einem Handicap (z. B. mehr personelle Hilfen).
- Generell haben Arbeitgeber 3 Möglichkeiten eine Ausbildung für Jugendliche/Menschen mit Behinderung anzubieten: Die integrative Reha-Ausbildung, die kooperative Reha-Ausbildung und die betriebliche Ausbildung. Die letzte Möglichkeit besteht praktisch allerdings kaum bei Unternehmen, da hierfür eine sogenannte Reha-Zusatz-Ausbildung der Arbeitgeber/Ausbilder notwendig ist, die sehr zeit- (320 Stunden) und kostenintensiv ist.
- Für Jugendliche, die keinen Grad der Behinderung haben, gibt es an der Adolf-Kolping-Berufsschule die Möglichkeit das Berufsvorbereitungsjahr zu absolvieren.

---

<sup>2</sup> Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung, Förderschwerpunkt Lernen und emotionale und soziale Entwicklung.

- Die Gruppe an Jugendlichen mit psychischen Beeinträchtigungen steigt. Allerdings erhalten psychisch kranke Menschen erst bei ganz schwerwiegender Erkrankung einen Grad der Behinderung, weshalb viele durchs „Raster“ fallen, weil sie ohne einen Grad der Behinderung nicht qualifiziert sind z. B. eine Fachwerkerausbildung zu machen. Die Einstufung des Grades der Behinderung für psychisch kranke Menschen muss gelockert werden. Gleichzeitig muss die Selbsteinschätzung bei den Betroffenen da sein, die psychische Erkrankung anzuerkennen.
- Jugendliche mit psychischen Erkrankungen (v. a. Depressionen) benötigen Unterstützung, um es überhaupt zu schaffen in die Schule oder in den Ausbildungsbetrieb zu kommen. Hierfür ist eine Unterstützung in Form von „Lebensbegleitern“ nötig, die über das Ehrenamt (z. B. Nachbarschaftshilfen) organisiert werden könnten.
- Um Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen eine berufliche Bildung zu ermöglichen sind niedrighschwelligere Angebote (Teilqualifizierung/geringere Qualifizierungstiefe) oder eine Ausbildung in Teilzeit notwendig, die von den Kammern entsprechend zertifiziert sind, um auch von der Wirtschaft anerkannt zu werden. Es wurde vorgeschlagen entsprechende Teilqualifizierungen (z. B. Helferschein) anzubieten, die für gewisse Branchen sinnvoll sind, wie z. B. die Gastronomie, da es dort an entsprechendem Personal mangelt. Hierbei sind die Kammern (IHK, HWK) gefordert.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Den berufsbildenden Schulen fehlt es an Unterstützung bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderung (v. a. personelle Unterstützung (mehr MSD-Stunden)).
- Die betriebliche Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderung ist für Arbeitgeber aufgrund der damit verbundenen Auflagen (z. B. Reha-Zusatz-Ausbildung) wenig attraktiv.
- Für Jugendliche mit psychischen Erkrankungen mangelt es bei der schulischen/beruflichen Ausbildung an entsprechenden Unterstützungsleistungen (z. B. „Lebensbegleiter“).
- Die vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten entsprechen häufig nicht den Bedürfnissen von Jugendlichen/Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.
- Es gibt keine durch die Kammern zertifizierten Teilzeit-Ausbildungen insbesondere für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.
- Die schwierige Regelung zur Feststellung des Grades der Behinderung bei psychischer Erkrankung verhindert betroffenen Jugendlichen den Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten.

#### **Information, Beratung, Begleitung von Arbeitgebern sowie Arbeitnehmern, Arbeitssuchenden und Auszubildenden:**

---

#### *Diskussionsergebnisse:*

- Der Umgang mit Jugendlichen mit einer Beeinträchtigung in den Ämtern ist zumeist schlecht. Das Personal ist nicht entsprechend geschult. Außerdem wird dort eine personelle Hilfestellung benötigt, die z. B. durch Ehrenamtliche geleistet werden könnte.

- Die Ämter verfügen kaum über entsprechende Formulare in Leichter Sprache. Es wurde vorgeschlagen diese, aber auch Anträge in korrektem „Juristen-Deutsch“, vermehrt in Leichte Sprache übersetzen zu lassen.
- Im Zusammenhang mit Fragen zu Anträgen (u. a. Finanzamt, Jobcenter, im Zusammenhang mit Grundsicherung) wäre es wünschenswert im Eingangsbereich des Rathauses 2 Personen zu installieren (*Was bekomme ich wo her? teilweise auch Unterstützung bei der Bearbeitung von Anträgen*). Zwar bietet bereits die Caritas eine Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen an, allerdings wäre hierzu ein städtisches Angebot vor Ort wünschenswert.
- Insgesamt gibt es in der Stadt Schweinfurt viele Anlaufstellen für Arbeitgeber und -nehmer im Zusammenhang mit Behinderung. Allerdings fehlt die nötige Transparenz über diese Beratungsangebote. Es sollte deshalb ergänzend eine unabhängige „Teilhabe-Beratung“ geben.
- Wünschenswert wäre außerdem ein Wegweiser für Menschen mit Behinderung (auch in Leichter Sprache), der für unterschiedliche Zielgruppen ausgelegt ist und einen allgemeinen Überblick über die aktuellen Angebote gibt (*An welche Stelle kann ich mich wenden?*). Hierbei sind u. a. auch die Selbsthilfegruppen mitaufzunehmen. Im Rahmen dessen wurde auf den internetbasierten Beratungsführer<sup>3</sup> für Schweinfurt hingewiesen, den es mittlerweile aber nicht mehr gibt. Es wurde eine Neuauflage oder Wiederbelebung angeregt, wofür allerdings gewisse personelle Ressourcen nötig sind, um eine kontinuierliche Aktualität sicherstellen zu können.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Die Mitarbeiter in den Ämtern sind im Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen zu wenig geschult; ebenso fehlt es dort zum Teil an entsprechenden Möglichkeiten, um Betroffenen eine angemessene Hilfestellung gewährleisten zu können.
- Amtliche Formulare sind kaum in Leichter Sprache verfügbar.
- Menschen mit Beeinträchtigungen benötigen möglichst vor Ort eine Hilfestellung beim Ausfüllen von Anträgen.
- Über die bestehenden Beratungsangebote und Anlaufstellen für Arbeitgeber und -nehmer besteht kein Überblick.

#### **Dauerhafte Integration in den 1. Arbeitsmarkt:**

---

#### *Diskussionsergebnisse:*

- Unternehmen, wie die SKF GmbH, Schaeffler Technologies AG und Co. KG (FAG) sowie die ZF Friedrichshafen AG (Sachs) erfüllen ihre Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung, nehmen aber keine neuen Mitarbeiter mit Behinderung auf.

---

<sup>3</sup> Der Beratungsführer entstand durch das Projekt Raabe, Gesellschaft zur beruflichen Förderung Schweinfurt mbH (GbF) - Kompetenzagentur Schweinfurt.

- Bei der Stadt Schweinfurt haben derzeit 7 Prozent der Mitarbeiter eine Schwerbehinderung.
- Die Suche nach Praktikumsplätzen auf dem 1. Arbeitsmarkt gestaltet sich für Menschen mit Behinderung schwierig, da die Bereitschaft hierzu durch die Arbeitgeber viel zu gering ist. Die Betriebe haben Angst hierfür (teure) technische Hilfsmittel anschaffen zu müssen, was vor allem bei Menschen mit äußerlichen bzw. sichtbaren Behinderungen der Fall ist. Man muss hierzu direkt an die Arbeitgeber herantreten, um für Praktikumsplätze zu werben.
- Die Schweinfurter Unternehmen sind generell zu wenig darüber informiert und aufgeklärt, was es bedeutet, einen Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. Teilweise bestehen aber auch Berührungsängste von Seiten der Arbeitgeber.
- Einige Unternehmen (i. d. R. nur große Unternehmen) haben ein Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und/oder eine Schwerbehindertenvertretung zur Unterstützung der Mitarbeiter mit Behinderung eingeführt. Allerdings ist anzunehmen, dass die Unternehmen ein BEM vielfach nur deshalb einführen, weil es ein gesetzlicher Auftrag ist.
- Nur wenige Betriebe kennen die Möglichkeit des Betrieblichen Eingliederungsmanagements.
- Die Unternehmen in der Stadt Schweinfurt müssen mehr dafür sensibilisiert werden, Menschen und vor allem junge Menschen mit Behinderung einzustellen. Es fehlt aber vielfach auch generell an der Bereitschaft Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. Häufig ist die eigene Betroffenheit der Geschäftsführung/Chefetage (z. B. Angehöriger mit einer Behinderung) der Grund dafür Menschen mit Behinderung im Betrieb einzustellen.
- Für Arbeitnehmer mit Hörbeeinträchtigungen gibt es u. a. die sogenannten Tess-Relay-Dienste, also Unterstützungssysteme, mit denen Gehörlose, ertaubte und stark hörgeschädigte Menschen telefonieren können<sup>4</sup> – die aber kaum bekannt sind.
- Das Bewerbungsverfahren stellt sich für gehörlose Menschen besonders schwierig dar. Bewerbungsunterlagen sind häufig nicht entsprechend barrierefrei gestaltet (z. B. nur Angabe von Telefonnummern für Nachfragen), ebenso sind bei Bewerbungsgesprächen Gebärdensprachdolmetscher notwendig.
- Der IFD und die Träger von Behinderteneinrichtungen/Werkstätten (u. a. Lebenshilfe) sollen gemeinsam mit den Vertretern der Wirtschaft bzw. den Unternehmen nach Nischen suchen, in denen Hilfstätigkeiten möglich sind, die die Fachkräfte entlasten und von Menschen mit Behinderung besetzt werden.
- Es ist eine Kooperation von Stadt und Landkreis erforderlich. Über die Person des Landrats oder des Bürgermeisters sollen Erfolge bzw. Erfolgsgeschichten von Menschen mit Behinderung publik gemacht werden (Öffentlichkeitsarbeit).
- Die Ausgleichsabgaben sind viel zu gering, um Unternehmen dazu zu bewegen Menschen mit Behinderung einzustellen.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Viele Arbeitgeber wissen zu wenig über die Beschäftigung und die damit zur Verfügung stehenden Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Schwerbehinderung.

---

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.tess-relay-dienste.de/>, Stand: 05. März 2018

- Häufig bestehen Berührungsängste von Seiten der Arbeitgeber gegenüber Menschen mit Behinderung, was auch mit einer mangelnden Sensibilisierung zusammenhängt.
- Eine Sensibilisierung speziell für die Bedürfnisse von gehörlosen Menschen und deren Beschäftigung ist bei den Arbeitgebern kaum vorhanden.
- Es gibt kaum Praktikumsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen in der Stadt Schweinfurt.
- Die Bereitschaft Menschen mit einer Beeinträchtigung zu beschäftigen ist unter den Arbeitgebern in der Stadt Schweinfurt kaum vorhanden.
- Es sind Nischenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung notwendig, um die Integration dieser in den 1. Arbeitsmarkt zu fördern.
- Beispiele erfolgreicher Integration in den 1. Arbeitsmarkt von Menschen mit Behinderung sind zu wenig bekannt.
- Die Verpflichtung/Auflagen von Seiten des Gesetzgebers Menschen mit Behinderung einzustellen, sind zu wenig nachdrücklich bzw. zu ineffektiv (Ausgleichsabgaben zu gering).

#### **Unterstützung durch das Integrationsamt/ZBFS/Integrationsfachdienst/Jobcenter:**

---

##### *Diskussionsergebnisse:*

- Die Adolf-Kolping-Berufsschule stellt einen Mobilen Sonderpädagogischen Dienst (MSD) zur Verfügung und ist über diesen gut mit allen berufsbildenden Schulen in der Stadt Schweinfurt vernetzt.
- Der IFD hat seit 1 ½ Jahren eine Mitarbeiterin, die die Gebärdensprache beherrscht.
- Das Verhältnis zwischen dem Integrationsfachdienst (IFD) und den Schweinfurter Unternehmen ist schwierig. Das erschwert die Vermittlung von Menschen mit Behinderung auf dem 1. Arbeitsmarkt, da der IFD nicht weiß, wo es freie Stellen gibt.
- Menschen mit Hörbehinderungen oder Gehörlose haben es besonders schwer eine Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt zu finden. Sie haben häufig auch nicht die Möglichkeit den Beruf zu wählen, den sie möchten bzw. später in einen anderen Beruf zu wechseln.
- Das Berufliche Fortbildungszentrum der Bayerischen Wirtschaft (bfz), gemeinnützige GmbH, in Schweinfurt vermittelt Menschen mit Behinderung meist nur in eine Richtung – die Art der Behinderung determiniert den Beruf, sodass eine Wahlfreiheit kaum vorhanden ist.  
→ Gerade Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen können und machen ihr Mitbestimmungsrecht nicht geltend, um ihren „Traumberuf“ erlangen zu können.
- Ein Berufswechsel/eine Umschulung, insbesondere für Menschen mit Sinnesbehinderungen, ist kaum möglich.

##### *Handlungsbedarfe:*

- Eine Kooperation bzw. Zusammenarbeit zwischen den Unterstützungssystemen (IFD, Agentur für Arbeit etc.) und den Schweinfurter Unternehmen ist kaum vorhanden.
- Eine Wahlfreiheit, den Beruf zu ergreifen, den man möchte, besteht für Menschen mit Behinderung nur sehr eingeschränkt – häufig determiniert die Behinderung den Beruf.

- Unterstützungssystemen, wie dem beruflichen Fortbildungszentrum und anderen Bildungsträgern, fehlt im Zusammenhang mit einer beruflichen Vermittlung von Menschen mit Beeinträchtigungen zum Teil die notwendige Sensibilisierung.
- Unterstützungssysteme sind zu wenig auf die Bedürfnisse für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und Menschen mit Sinnesbehinderungen (nicht sichtbare Beeinträchtigungen) eingestellt.

### **Angebote „geschützter“ Arbeitsplätze (WfbM, Außenarbeitsplätze, Tages(förder)stätten):**

---

#### *Diskussionsergebnisse:*

- Die Angebote (u. a. Werkstätten) mit Ausnahme jener für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sind ausreichend.
- Die Lebenshilfe entwickelt derzeit ein Modell, bei dem Menschen aus den Förderstätten für einen Übergang in die Werkstätten „fit“ gemacht werden sollen.
- Arbeitgeber müssen mehr für das Projekt „Mensch inklusive“<sup>5</sup> sensibilisiert werden, um Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Dies soll die Stadt Schweinfurt unterstützen.

#### *Handlungsbedarfe:*

- Es fehlen „geschützte“ Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung.
- Die Bereitschaft von Arbeitgebern, inklusive Projekte zu unterstützen bzw. integrative Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, ist kaum vorhanden.
- Es mangelt an einer Kooperation zwischen den Trägern von Behinderteneinrichtungen/ Werkstätten und den Schweinfurter Unternehmen.

### **Arbeit im Alter und Übergang in den Ruhestand:**

---

#### *Diskussionsergebnisse:*

- Menschen ab 50 Jahren – unabhängig, ob mit oder ohne eine Behinderung – können heutzutage kaum noch vermittelt werden. Die Zuständigkeit hierfür liegt bei den Rentenversicherungen. Diese zeigen sich allerdings nur selten kooperativ, in dem sie u. a. Umschulungen zahlen.
- Menschen, die in Werkstätten arbeiten, haben 2 Möglichkeiten für ihren Übergang in den Ruhestand: Entweder machen sie nichts oder sie treten in eine Seniorentagesgruppe ein. Allerdings ist diese Tagesgruppe vielmehr eine Notlösung und nicht inklusiv. Wünschenswert wäre vielmehr ein Angebot, an dem alle Ruheständler teilnehmen können, unabhängig

---

<sup>5</sup> "Mensch inklusive" hilft Menschen mit Behinderung, Arbeit in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarkts zu finden

von einer Behinderung. Hierzu wäre ein gemeinsames Konzept erforderlich. Es wurde vorgeschlagen, dass hierfür die Räumlichkeiten am Schrotturn (Veranstaltungsraum) kostenlos genutzt werden könnten.

*Handlungsbedarfe:*

- Es gibt kaum Umschulungsmöglichkeiten für Personen ab 50 Jahren durch die Rentenversicherungen, was die (Wieder-)Aufnahme einer Beschäftigung erschwert.
- Es fehlt ein inklusives Angebot bzw. ein entsprechendes Konzept für Ruheständler, unabhängig davon, ob eine Behinderung vorliegt oder nicht.

**Ergänzungen zum Handlungsfeld Bauen und Wohnen: Inklusive Wohnangebote:**

---

*Diskussionsergebnisse:*

- Es besteht ein Bedarf an inklusiven Wohnangeboten.
- Es fehlt an Plätzen für ein Betreutes Wohnen, das Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen zur Verfügung steht.

**Allgemein:**

---

- Für den Aktionsplan Barrierefreies Schweinfurt 2025 sollten auch die gleichen Symbole verwendet werden, wie sie auf dem Logo Bayern Barrierefrei zu finden sind, allerdings müssen sie um ein Symbol für Menschen mit Sinnesbehinderungen ergänzt werden.

**Teilnehmerliste:**

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
<b>Ulrike Albrecht</b>	Adolph-Kolping-Schule
<b>Matthias Paul</b>	Dr. Georg-Schäfer-Schule
<b>Helmut Schwappacher</b>	Ludwig-Erhard-Schule
<b>Marina Heinelt</b>	Staatliches Berufliches Schulzentrum Alfons Goppel
<b>Maria Kraft</b>	Kolping-Bildungszentrum Schweinfurt
<b>Ludwig Neumaier</b>	DGB Region Main-Rhön/Schweinfurt
<b>Gertrud Türk</b>	Gesellschaft zur beruflichen Förderung Schweinfurt mbH
<b>Julia Siebert</b>	Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter Landkreis Schweinfurt
<b>Julia Lorper</b>	Stadt Schweinfurt, Jobcenter
<b>Elisabeth Weinig</b>	Stadt Schweinfurt, Jobcenter
<b>Karlheinz Mühlbacher</b>	Integrationsfachdienst gfi gGmbH
<b>Christl Dorband</b>	Integrationsfachdienst gfi gGmbH
<b>Andreas Eschenbach</b>	Lebenshilfe Schweinfurt
<b>Martin Groove</b>	Lebenshilfe Schweinfurt
<b>Matthias Götz</b>	Lebenshilfe Schweinfurt
<b>Stefan Hömer</b>	Lebenshilfe Schweinfurt
<b>Besnik Buteli</b>	Lebenshilfe Schweinfurt
<b>Norbert Pfeuffer</b>	Gehörlosenverein Schweinfurt
<b>Jochen Gräf</b>	Gehörlosenverein Schweinfurt
<b>Rudolf Schmitt</b>	Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Schweinfurt
<b>Elfriede Ment</b>	Seniorenbeirat der Stadt Schweinfurt
<b>Dr. Dieter Jaufmann</b>	Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern
<b>Meike Ganschinetz</b>	Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS), Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung Bayern
<b>Jürgen Montag</b>	Stadt Schweinfurt, Sozialreferent der Stadt Schweinfurt
<b>Corina Büttner</b>	Stadt Schweinfurt, Amtsleiterin Amt für soziale Leistungen
<b>Andreas Gehring</b>	Stadt Schweinfurt, Sachgebietsleiter Zentrum am Schroturm
<b>N.N.</b>	Gebärdensprachdolmetscherin
<b>Claudia Dehler</b>	Gebärdensprachdolmetscherin

## Impressum

### **Herausgeber:**

Stadt Schweinfurt  
Oberbürgermeister  
Herr Sebastian Remelé  
Markt 1  
97421 Schweinfurt  
Telefon: 09721/51-0  
E-Mail: buergerservice@schweinfurt.de  
Internet: www.schweinfurt.de

### **Ansprechpartner:**

Stadt Schweinfurt  
Leiterin Amt für soziale Leistungen  
Frau Corina Büttner  
Telefon: 09721/51-3900  
E-Mail: corina.buettner@schweinfurt.de

Stadt Schweinfurt  
Behindertenbeauftragter  
Herr Andreas Gehring  
Telefon: 09721/51-3968  
E-Mail: andreas.gehring@schweinfurt.de

### **Zusammenstellung und Bearbeitung:**

#### **Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern, im September 2019**

Arbeitsgruppe für Sozialplanung  
und Altersforschung (AfA)

Spiegelstraße 4

81241 München

Telefon: 089/896 230-44

Telefax: 089/896 230-46

E-Mail: info@afa-sozialplanung.de

Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe,  
Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS)

Theodor-Heuss-Platz 1

86150 Augsburg

Telefon: 0821/346 298-0

Telefax: 0821/346 298-8

E-Mail: institut@sags-consult.de



Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Die Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beide Geschlechter.

